

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 105 SONNTAG, 16. Juni 1935

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
Hitlers englische Niederlage
Die französische Krise
Enttäuschte Auslandsdeutsche
Der Sozialismus in Spanien

Die Katastrophe von Danzig

Zusammenbruch der nationalsozialistischen Politik — Entsetzliches Elend die Folge — Auswirkungen auf Deutschland

Eine schreckliche Katastrophe haben die Nazis in Danzig herbeigeführt! Es war schon schlimm genug, daß die elenden Stümper, die Hitler unter den Augen des Völkerbundes zu unumschränkten Gebieten der unglücklichen Stadt gemacht hat, nichts anderes wußten als ihrer elenden Finanzmißwirtschaft mit der Verschlechterung der Währung um 42,37 Prozent die Krone aufzusetzen. Aber dann haben sie aus Ignoranz und Demagogie einen solchen Unfug angerichtet, daß die Falschmünzerei zum offenen Bankrott gesteigert worden ist.

Die Abwertung, nach der 170 neue Danziger Gulden so viel gelten wie 100 Gulden der bisherigen Währung, kam über die Bevölkerung in der Nacht ihrer Ahnungslosigkeit vom 1. auf den 2. Mai — die richtige nationalsozialistische Maifeier! Natürlich war die erste Wirkung die, daß alle aus Angst vor der unvermeidlichen Preissteigerung sich mit Waren einzudecken suchten. Der Ausverkauf begann. Die Nazis dekretierten den Geschäftsleuten eingeschränkten Verkaufszwang und verboten jede Preissteigerung. Die Lager wurden schnell geräumt. Die Waren waren zum großen Teil ausländischer Herkunft und noch gar nicht in der fremden Währung bezahlt. Die Händler wurden so eines großen Teils ihres Betriebskapitals beraubt. Die Versorgung stockte, und der dumme Preiskommissar, den die Nazis eingesetzt hatten, begann zu begreifen, was er angerichtet hatte. Nach einigen Tagen erlaubte er eine Preissteigerung von 20 bis 25 Prozent. Die Preise kümmerten sich aber nicht um die Verfügungen; der schwarze Handel funktionierte allein weiter.

und Mitte Mai wurden dann die Preise ganz freigegeben. Sie stiegen rapid, zumeist um 70 Prozent. Selbst die Post hat ihre Gebühren erhöht. Die Löhne aber — und das ist der Gipfel nationalsozialistischer Gemeinheit — sollen unverändert bleiben!

Was das bedeutet, kann man erst richtig würdigen, wenn man weiß, daß die Löhne in Danzig in den letzten Jahren beständig abgebaut worden sind. Der Lohnindex, der im Jahre 1927 noch 110 betrug, ist unter der nationalsozialistischen Regierung auf 70 heruntergebracht worden. Zu dieser Senkung soll jetzt, wenn es nach dem nationalsozialistischen Diktat geht,

eine Verminderung der Reallöhne infolge der Preissteigerung um über die Hälfte kommen.

Nach einem Bericht der »Frankfurter Zeitung« betragen die Stundenlöhne zwischen 75 und 120 Danziger Pfennige, und der Wert des Danziger Pfennigs ist gleich 0,47 Reichspfennig! Ebensovienig sollen die Sozialrenten und die Arbeitslosenunterstützungen erhöht werden! Aus einem triftigen Grund: ihr Entgelt würde dann sehr rasch den Lohn der regulären Arbeiter erreichen!

Die Abwertung bedeutet bis jetzt Halbierung der Arbeitslöhne, der völlig unzureichenden Renten und Unterstützungen, Beraubung der Sparer und teilweise Expropriation der Händler und Hausbesitzer, da die Nationalsozialisten zunächst angesichts der gespannten Situation eine Heraufsetzung der Mieten

noch nicht wagen. Kein Wunder, daß die verzweifelte Bevölkerung, die die finanzielle Mißwirtschaft der Nazis genau kennt und weiß, daß die Währungsabwertung nicht einmal vorübergehende Erleichterung bringen kann, mit nur allzu gerechtfertigtem Mißtrauen erfüllt geblieben ist und fortfuhr, ihr Geld abzuheben und es in Sachwerte oder fremde Währung umzusetzen.

Die Nazis wußten sich nicht mehr zu helfen, und am 4. Juni wurden sämtliche Banken und Sparkassen geschlossen — der offene Bankrott war eingetreten. Seitdem ist nur eine gewisse Milderung insofern erfolgt, als die dringendsten Abhebungen zur Auszahlung der Löhne und Gehälter ermöglicht werden sollen. Die Sparkassengelder und Bankanlagen bleiben aber zunächst gesperrt.

Die Opposition soll helfen!

Der Senatspräsident, ein P. Greiser, und die übrigen Bonzen halten dumme Reden, sprechen von den Opfern, die jeder bringen muß, und die Notwendigkeit, den Gürtel enger zu schnallen. Ja, »bis zur Wirbelsäule«, höhnt ein polnisches Blatt, und kürzer lassen sich die Folgen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik wirklich nicht beschreiben. Die erschreckten Diktatoren scheinen nur eine Hoffnung zu haben — das Parlament, dem sie, nachdem sie Unglück angerichtet haben, jetzt ein Sparprogramm vorlegen wollen.

Verlegen, ratlos und eingeschüchtert bitten die bankrotten Bonzen um die Mitwirkung der eben noch vergewaltigten und terrorisierten Opposition — der Sozialdemokraten und des Zentrums.

Freilich, wenn der Völkerbund noch eine Spur von Energie hätte, könnte er dem frevlen Spiel rasch ein Ende machen. Es ist kein Zweifel, daß in Danzig die Nazimajorität nur auf Schwindel und Terror beruht;

der Völkerbund hätte die Pflicht, diese Wahlen, bei denen die von ihm garantierte Verfassung tausendfach verletzt worden ist, zu annullieren, und es wäre eine Aufgabe der sozialdemokratischen Regierungen Dänemarks, Schwedens und Norwegens; ihn an diese Pflichten zu erinnern. Kein Zweifel, daß freie Wahlen das sofortige Ende der Naziherrschaft bedeuten würden, daß die Danziger Wähler heute darauf brennen, sich von dieser verbrecherischen und unfähigen Despotie zu befreien.

Ein nationales Verbrechen

Die Nazis haben aber nicht nur wirtschaftliches Verderben über Danzig gebracht, sondern auch die Reste nationaler Selbständigkeit auf das äußerste gefährdet. Die Kerle haben die Abwertung so ausgeführt, daß jetzt der Gulden gleich dem polnischen Zloty ist. Sie haben ohne jede Not die Währungsungleichheit mit Polen de facto verwirklicht — ein Ziel, das die Polen von jeher ins Auge gefaßt hatten. Die polnischen Zeitungen sind auch sehr befriedigt. Das Organ des polnischen Finanzministeriums sagt, es sei »von positiver und schöpferischer Bedeutung, daß die Danziger Wirtschaft auf den Nenner der polnischen wirtschaftlichen Gegebenheiten gebracht wird«, und das Regierungsorgan »Gazeta Polska« erklärt, auch »die letzten Barrieren, die der Verteidigung des Deutschtums dienen sollen, müssen noch fallen, damit die normale Entwicklung des wirtschaftlichen Zusammenlebens nicht gehemmt wird«. Genügt das? Die Danziger Nazis haben wirklich gründliche Arbeit gemacht. Ihr »Sozialismus« erweist sich als betrügerische Expropriation der Armen, ihr Nationalismus endet im Landesverrat. Aber die Danziger Nazis sind die Beauftragten Hitlers, sein Wille geschieht, er ist der Verantwortliche. Ueber ihn und über die Zukunft seiner Diktatur berichtet die Geschichte von

Danzig. Und das empfindet man — noch dumpf — in Deutschland.

Es ist sehr merkwürdig! Eigentlich müßte es glänzend gehen. Vom »Kapitalmangel« ist keine Rede mehr; Milliarden werden ausgegeben für die Rüstungen, für Verlegungen ganzer Industrien vom Westen und Mitteleuropa, für Subventionen an die Agrarier und Industriellen, für Investitionen in den Ersatzindustrien. Der Finanzminister hat keine Schwierigkeiten, Schatzwechsel und Schatzanweisungen in Riesenbeträgen unterzubringen. Die »Geldfülle« ist immer größer... Aber die Stimmung in den Wirtschaftskreisen wird immer bedenklicher und die Vorgänge in dem kleinen Danzig haben als ein psychologischer Chock gewirkt.

Vertrauenskrise in Deutschland

Am 4. Juni erfolgte die Zahlungseinstellung in Danzig. Die deutsche Presse mußte befehlsgemäß nachweisen, daß es sich um ganz ausnahmsweise Vorgänge handle, an denen böse Spekulanten, aber keineswegs die nationalsozialistische Finanz- und Wirtschaftspolitik die Schuld trügen. Aber an den deutschen Börsen bricht eine wilde Sachwerthausse aus. Sie ist nach der Darstellung der gleichgeschalteten Presse selbst keineswegs auf die Spekulation der Börsen zurückzuführen, sondern auf den Kaufandrang der Provinzkundschaft. Das Geschäft, heißt es z. B. in dem Börsenbericht der »Frankfurter Zeitung« vom 5. Juni, wurde »so lebhaft, daß das Tempo der Bewegung auf Rendite, Exportabgabe usw. überhaupt keine Rücksicht zu nehmen schien und zeitweilig geradezu unbehaglich wurde. Vor Uebertreibungen kann man nicht genug warnen«.

Es ist die typische Aktienhausse aus Inflationsangst, das sichere Symptom, daß in den kapitalistischen

Wahrheitsbeweis gegen Hitler

Ein Presseprozeß wegen Hitlerbeleidigung in Polen

In Rybnik in Polnisch-Oberschlesien fand ein Presseprozeß gegen den Redakteur der »Katholischen Volkszeitung« Trunkhardt wegen Beleidigung Hitlers statt. Die Beleidigung wird in drei Artikeln erblickt, die Trunkhardt im August 1934 veröffentlichte. Der Prozeß erregte gewaltiges Aufsehen, er war in Masse von den Vertretern der gleichgeschalteten Presse aus Deutschland besucht. Der angeklagte Redakteur Trunkhardt bot den Wahrheitsbeweis für den Inhalt seiner Artikel an. Das Gericht ließ den Wahrheitsbeweis auf Grund von Büchern, Broschüren und Zeitungen zu.

Der Angeklagte brachte zunächst Stellen aus der Broschüre des im Konzentrationslager Papenburg gewesenen Rabbiners Dr. Abraham zur Verlesung, dann Stellen aus dem Buch des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Seger »Oranienburg«. Sodann legte er die in einer Schweizer Zeitung veröffentlichten photographischen Aufnahmen der Empfangsbestätigungen über Erhalt der vorgenannten Broschüre durch Reichkanzler Hitler und Minister Dr. Göbbels vor. Der Angeklagte brachte weiter Artikel des Schriftstellers d'Haute-

cloque, der in den Junitagen 1934 Deutschland bereiste und seine Wahrnehmungen im Pariser »Grigolre« veröffentlichte. Ferner wies der Angeklagte auf Grund des österreichischen Braunbuchs nach, daß von nationalsozialistischer Seite die Bluttaten am 25. Juli 1934 in Oesterreich verübt und die dem Braunbuch beigelegten Photographien dokumentieren, daß die Sprengmaterialien der Putschisten aus den Beständen der deutschen Reichswehr stammten. Der Angeklagte schilderte weiter an Hand des Weißbuches die Bartholomäusnacht des 30. Juni und ließ die lange Reihe der in diesen Tagen schuldlos Hingemordeten aufmarschieren. Von dem holländischen Schriftsteller Jan Hochland brachte er einen erschütternden »Offenen Brief an den Reichsjustizminister Gürtner« über die Mißhandlungen in den Konzentrationslagern zur Verlesung, legte deutsche Bücher, aus Oesterreich, der Schweiz und der Tschechoslowakei über die Untat von Potempa mit dem Wortlaut des Telegramms »Meine Kameraden« vor, wies nach, daß Hitler damals im Anschluß an das Todesurteil gegen die Mörder von Potempa eine Rede hielt, worin er sagte, daß er

es nicht verstehen könne, daß für einen polnischen Insurgenten fünf aufrechte deutsche Männer hingerichtet werden sollten und folgerte aus den damals in der »Frankfurter Zeitung« veröffentlichten Artikeln, daß der Fall Potempa nichts anderes gewesen, als die Erziehung zur moralischen Anarchie.

Damit war die Beweisaufnahme beendet. Der Staatsanwalt beschränkte sich auf eine kurze formale Anklagerede. Der Angeklagte müsse wegen Beleidigung eines fremden Staatsoberhauptes verurteilt werden. Der Angeklagte verteidigte sich in eineinhalbstündiger Rede, in der er für den Schutz der verfolgten Katholiken eintrat. Formell machte er geltend, daß der Amtsantritt Hitlers als Staatsoberhaupt der polnischen Regierung noch nicht notifiziert gewesen sei, als die in Frage kommenden Artikel in der »Katholischen Volkszeitung« erschienen.

Das Gericht setzte das Urteil aus, um festzustellen, wann der Amtsantritt Hitlers der polnischen Regierung notifiziert, und wann diese Tatsache öffentlich mitgeteilt worden ist.

Kreisen das Vertrauen zur Währung schwindet.

Das zusatztliche, durch die enorme Kredit-erweiterung geschaffene Geld der Noten-bank wird nicht mehr bei den Banken hinterlegt, es wird nicht mehr zur Anlage in kurz- und langfristigen Staatspapieren verwendet, sondern flichtet in die Aktie, nicht der höheren Verzinsung wegen, son-derum um die »Substanz« zu sichern. Die Aktienhausse ist begleitet von einer raschen Heraufsetzung der Kurse aller auf Valuta lautenden ausländischen Papiere, die noch in Deutschland zum Handel zuge-lassen sind, mag es sich auch um Renten handeln, deren Zinszahlung noch suspendiert sind und die bisher als Nonvaleurs galten.

Die Nationalsozialisten sind bestürzt. An Warnungen und Drohungen fehlt es nicht. Der »Deutsche Volkswirt«, das Organ der hinter Schacht stehenden Kreise sieht plötzlich düster in die Zukunft. »Die Börse schein die unvermeidlichen Auswirkungen der Exportfor-derungsumlage auf die Verdienst- und Ausschlitungschancen der einzelnen Unter-nehmer zu leicht zu nehmen. Ob, wann und wie weit für später neue Exportchancen erwach-sen, ließe sich für erste aber noch nicht übersehen. Auch die Basierung der Hausse auf der Befürchtung einer Devaluation sei ungerechtfertigt, da Deutschland den stabilen Wahrungskurs weiter steuern werde. Selbst im theoretischen Falle einer Devaluation würde eine solche deflatorisch wirken und die Rendite der Aktie zunächst verringern.« Dann aber kommt die Drohung: »Der heutige Staat werde Mittel und Wege finden — nötigenfalls stärkere als das Anleihenstockgesetz — um seine überragenden Interessen an den An-leihemarkten zur Geltung zu brin-gen.«

Neue Dolchstoß-Legende?

Massiver wird natürlich der »An-griffe«. Die »malosten Kurssteigerungen« könnten nur als Angriffe der Spe-kulation auf die amtliche Wirtschafts- und Währungspolitik betrachtet werden und seien mit der internationalen Spekulation zu vergleichen, die sich gegen den Danziger Gulden, den französischen Fran-ken und den Schweizer Franken gerichtet hätte und dabei Bundesgenossen in schwei-zerischen Marxisten (!) gefunden habe. Es sei dies kein offener Kampf, sondern der Versuch eines Dolchstoes, da solche ungewöhnliche Kursbewertungen in der Oeffentlichkeit völlig abwegige Gedanken-gänge hervorrufen müßten. Es liege vor-erst noch in der Hand der Börse selbst, die erforderlichen Kurskorrekturen vorzuneh-men, ehe staatliche Schritte notwendig würden. Die Börse möge aber überzeugt sein, heißt es dann drohend, daß die Ein-behmung großer Aktiengewinne auf dem Rücken der Volkswirtschaft nicht ge-duldet werde, während das arbeitende Volk Opfer in Gestalt stabiler Löhne bringe.

Werden die Drohungen nützen? Je mehr sie sich häufen, desto mehr wird die Aufmerksamkeit des Publikums auf die Tatsache gelenkt, daß die inflationistischen Methoden der Finanzierung ihre Grenze zu erreichen im Begriff sind, daß die Probleme der Fortführung der Arbeitsbeschaffung, der Rustungsstei-gerung und der Rohstoffbeschaffung immer unlösbarer werden, daß die Aufrecht-erhaltung der Währung immer zweifel-hafter wird. Mit Gewalt läßt sich die Notierung höherer Aktienkurse sicher ver-bieten, aber wie will man verhindern, daß sie außerhalb der Börse ein Handel zu steigenden Kursen entwickelt oder daß die gangstigsten Geldbesitzer in die Waren flichten?

Wir haben hier stets vermieden, die durch die nationalsozialistische Finanz- und Wirtschaftspolitik hervorgerufenen wirt-schaftlichen Schwierigkeiten zu über-schätzen. Aber die Aktienhausse der deut-schen Börse ist immerhin ein ernstes Zei-chen, denn sie ist die erste offene Bekun-dung des Wahrungsmitrauens weiter Kreise der deutschen Wirtschaft. Es knistert im Gebälk, und die Stutzungsversuche des schlechten Bau-meisters können den Einsturz sicher verzögern. Ihn zu vermeiden, dazu gehörte eine völlige Abkehr von den betrug-erischen Methoden der deutschen Finanz-politik, zu der den Nationalsozialisten so-wohl die Fähigkeit als der Wille fehlt.

Dr. Richard Kern.

Die große Enttäuschung

Tragikomödie der Randdeutschen

Der braune Imperialismus wendet in set-ten Grenzgebieten beträchtliche Gelder auf, um auf die deutschsprachige Bevölkerung außerhalb der Grenzen des Dritten Reiches lockend zu wirken. Denn das Gesetz, nach dem der Hitlerismus angetreten ist, zwingt ihn, seine Erfolge in der Ausdehnung der Landesgrenzen nach allen Seiten zu suchen. In Oesterreich, in Böhmen, in Pol-nisch-Schlesien wie in den balti-schen Gebieten, in Schleswig wie in der Schweiz läßt er seine Sendlinge phan-tasieren, wie gut es dem deutschen Volk jetzt gehe. Und da überall Not und Krise herrschen, schaut ein beträchtlicher Teil Randdeutscher hoffend ins Dritte Reich hinüber, wartet auf große Wunder — und könnte doch heute schon mit Enttäuschungen geradezu hausieren gehen, wenn die messianischen Flusterparolen nicht noch immer stärker wären.

In Nordböhmen wurden damit zwei Drittel der Wähler förmlich betrunken gemacht. Da jedoch nach den Wahlen vom 19. Mai das Dritte Reich noch immer nicht kam, begaben sich einige arbeitslose Henlein-An-hanger ins Dritte Reich. War ihnen nicht ge-fullert worden: Wer Mitglied der Henlein-partei ist, bekommt nach dem Henleinstege in Deutschland umgehend Arbeit! Aber wie sie hinüber gingen, so wurden sie wieder über die Grenze zuruckgejagt. Zwei Mann flogen im bayrischen Grenzort Elarn einen Tag in Arrest, ehe sie auf den Schub kamen. Wobei ihnen für das nächste Mal eine Tracht Prügel in Aussicht gestellt wurde! Tragikomödie benebelter Grenzlanddeutscher!

Auch in Oesterreich steigt die Nazi-welle noch immer, wobei die Sehnsucht wohl weniger der Hitler als dem »größeren Reich«

gilt. Auch hier hat diese Psychose mit schwe-ren Enttäuschungen bezahlt werden müssen. Wie elend wurde die oesterreichische Legion in Deutschland herum geschoben, bald aufgelöst, bald neuformiert, immer ein Spielball politi-scher Intrigen und ein Schacherobjekt des deutsch-sterreichischen Krieges. Wie jam-merlich wurden die Aufständischen des Juli 1935 im Stich gelassen, als sie mit ihrem Blute gezahlt hatten und die Sache schlief-ging! Das Eingreifen Deutschlands war ihnen per Flusterparole verheißen worden — das Konzentrationslager in Mazodonien, die Sper-rung der bayrischen Grenze und Abschlitung der »Meuterer« durch offizose Berliner Er-klärungen blühte ihnen schließlich. Es be-durfte erst des Drängens der jugoslawischen Regierung, ehe das Dritte Reich sich endlich bequeme, wenigstens die internierten Reichs-deutschen Teilnehmer des Putsches per Schiff in die Heimat zu bringen! Es wäre ja auf die Dauer auch zu peinlich gewesen, daß braune Bonzen im sudslawischen Sonnenland andau-ernd Erholungsorgien feiern und Göring samt Hofstaat da unten Feste veranstaltet, ine die braunen Kämpfer in den nahegelegenen Internierungslagern verderben. Und daß bald nach dem milungenen Putsch prominente hitlerische Organisationsleiter in Oberster-reich sich der Polizei stellten und gleich die Mitgliederlisten mitbrachten, während der Vertreter der deutschen Wiener Gesandtschaft Nicolai ablichtete, in Berlin Bericht zu er-statten und nach Italien flüchtete — das kommt auch nicht alle Tage vor... Tragi-komödie benebelter Randdeutscher! Aber die Psychose geht weiter, weil die Krise weiter wächst!

Dabei könnten diese Grenzlanddeutschen

viel lernen von denen, die kürzlich noch auf dieses Pferd setzten und heute schon die Ver-luste betrauern. Im Freistaat Danzig eroberte das Hakenkreuz im April noch mit Terror und Lüge nahezu 60 Prozent der Stim-men. Heute denken die Braunen dort mit Schrecken an etwaige neue Wahlen. Denn dort herrscht das Hakenkreuz seit geraumer Weile und schon ist der Gulden gestirzt, um 42 Prozent abgewertet, die Sparkassen sper-ren die Auszahlungen, die Sparguthaben der kleinen Leute sind so gut wie futsch, eine Hamsterwelle und Flucht in die Sachwerte hat die Lager geräumt, die Preise müssen hoch und die Löhne werden nie hinterdrein kommen.

Auch im Saargebiet hieß es vor der Abstimmung: »Sowie die Saar deutsch ist, ver-schwindet die Arbeitslosigkeit und der Auf-stieg beginnt.« Und heute? Trotzdem etwa 6000 saarländische Arbeiter in die Emigration gingen, 2000 nach Ostpreußen verschickt und 600 dem Heer und der Polizei eingegliedert wurden, ist die Zahl der Arbeitslosen von 39.000 (vor der Abstimmung) auf 61.000 ge-stiegen. Und die Pfründen werden von den braunen Bonzen besetzt. Alte Be-amte, Anhänger der ehemaligen Deutschen Front, werden von »alten Kämpfern« ersetzt. Der Stahlhelm, Hitlers Wahlhelfer, wurde verboten, führende Stahlhelmer verhaftet, Arbeiter-Eigentum geraubt. Dies das vor-lufige Ergebnis der »Rückkehr zum Vater-lande?«... Tragikomödie benebelter, ver-wirrter Grenzlanddeutscher! Sie werden noch mehr und schlimmeres erleben, aber für die Welt bleibt diese Psychose eine Gefahr, so-lange in Berlin groenwahnsinnige Psychopa-then und Hasardeure auf dem Throne sitzen.

Terror ohne Ende

88 Illegale aus Hanau, die in der gleich-geschalteten Presse als Kommunisten be-zeichnet werden, standen in Kassel vor Ge-richt. Vierzehn wurden freigesprochen. Die 74 Verurteilten erhielten Strafen zwischen fünf Monaten Gefängnis und acht Jahren Zuchthaus. Insgesamt dürften die Kerkerstra-fer weit über 150 Jahre betragen. Es sind furchtbare aber alltägliche Urteile der hitler-deutschen Justizmaschine. Die Urteilsbegrun-dung sagt deutlicher, als wir es bisher von deutschen Richtern gehört haben, warum so grausame Strafen verhängt werden: »Den Angeklagten ist das schwerste Verbrechen nachgewiesen, dessen sich ein Deutscher neben dem Landesverrat schuldig machen kann.« Und was ist diese schwerste Untat? Schwer-er als gemeiner Mord, wie ihn viele Natio-nalsozialisten bis allerhöchst oben hin auf sich geladen haben? Die Angeklagten haben schlimmstenfalls das Recht einer freien Meinungsäußerung gegen die herrschende Bonzenclique für sich in An-spruch genommen. Mehr als diesen »Hochver-rat« werfen ihnen auch Anklage und Urteil nicht vor, und auch das scheint auf unsiche-ren Grundlagen zu beruhen, denn die Ange-klagten haben ihre angeblichen früher bei der Polizei gemachten Geständnisse in der Ver-handlung widerrufen und müssen sich des-halb vom urteilenden Senat »gröbliche Lugne — durch Widerruf natürlich — vorwerfen lassen. Uns scheint dieser Widerstreit zwi-schen den Aussagen in irgendwelchen Polizei-stuben und dem Gerichtssaal nur zu bewei-sen, daß noch immer Aussagen erpret und erfoltert werden.

Am 6. Juni hat Adolf Hitler den früheren Leiter des illegalen Roten Frontkämpfer-bundes Schulze in Hamburg hinrichten lassen. Mehrere Mitglieder des Bundes haben schon vor ihm den Kopf unter das Handbeil legen müssen. Die Hamburger Justizpressestelle weist mit Genugtuung darauf hin, daß der »Führer« und Reichskanzler der »Gerechtig-keits freien Lauf gelassen hat, ist aber in ihrer Formulierung unvorsichtig genug, zuzu-gestehen, daß dem gekopferten Schulze nicht ein einziger Mord nachgewiesen, sondern daß ein niedriges Racheurteil an ihm vollstreckt worden ist. Es heißt da nämlich, daß Schulze »der Hauptverantwortliche ist für die zahl-reichen im Frühjahr 1932 begangenen schwe-ren Gewalttaten gegen Nationalsozialisten, denen neben zwei unbeteiligten Passanten auch der Hitlerjunge Blocker zum Opfer ge-fallen ist«. Für Schieereien und Stechereien also, die nicht zuletzt wegen der im Geiste von »Mein Kampf« verübten Provokationen und Terrorakte der Nationalsozialisten im Jahre 1932 überall in Deutschland gang und gäbe waren, wird nun wieder einer als

»Hauptverantwortliche« auf Schafott ge-schickt.

Wer aber ist der »Hauptverantwortliche« für die Tausende und aber Tausende politischer Morde, Folterungen, Schindungen, die unter dem »Führer« Adolf Hitler in Deutschland begangen worden sind? Die Antwort weit alle Welt, und die Geschichte wartet auf das Urteil und auf seine Vollstreckung. Wann auch immer — einmal wird auch in diesem Falle wahr werden, was Friedrich Rückert sagt: »Wie du gerichtet, wird man dich rich-tens.«

Neue Ausburgerungen

Das braune Reichsinnenministerium hat abermals eine Reihe von Personen der demo-kratischen und sozialistischen Bewegung aus-geburgert. Es befinden sich darunter:

- Rudolf Hilferding,
- Victor Schiff,
- Siegfried Crumenerl,
- Erich Ollenhauer,
- Gustav Fehrl,
- Fritz Kummer,
- Karl Holtermann,
- Dr. Haentzschel,
- Max Hodann,
- Werner Hegemann,
- Franz Pfempfert,
- Bert Brecht,
- Erika Mann.

Der Haß der Diktatur ehrt die Verfolgten!

Sie haben sich bereichert!

Die Basler »National-Zeitung« veröffent-licht unter dem Titel »Skandal in Danzig« das nachstehende Telegramm aus Berlin vom 6. Juni:

»Ein Skandal großen Formats wird so-eben aus Danzig gemeldet. Dort haben einige Persönlichkeiten, die ihrer Anstellung nach der Regierung sehr nahe stehen, die nur im allerengsten Kreis be-kannte Absicht der Regierung, den Gulden abzuwerten, zu Manipulationen schlimmster Sorte benützt. Sie haben das in sie gesetzte Vertrauen aus Habgier gebrochen, und die Kennt-nis der Vorbereitung »maßnahmen zu Gul-denkaufen mit späteren Zahlungs-terminen benutzt. Die Engagements, die im einzelnen 200.000 bis 300.000 Gulden be-trugen, wurden dann nach der Dekretierung der 40prozentigen Abwertung in verschlech-terter Valuta zurückbezahlt. Die üble Manipulation hat also enorme Ge-winne abgeworfen.

Man ist gespannt, in welcher Form die deutsche Presse über diesen Skandal be-richten wird.«

Am Bilde nationalsozialistischer Politik hätte ein wesentlicher Zug gefehlt, wenn diese Korruptionerscheinungen sich nicht einge-

stellt hätten. Wir haben übrigens schon in unserem ersten Artikel über die Danziger Abwertung auf die Wahrscheinlichkeit hin-gewiesen, daß sich die Bonzen diese Gelegen-heit zum Privatraub nicht entgehen lassen werden. Jetzt rundet sich das Bild der natio-nalsozialistischen Politik: Enteignung der Armen, Landesverrat und Korruption — das ist die Dreieinigkeit der Hitler-Religion.

»Aufschwung« mit Maschinen

Eine in der Fruhjahrsausgabe der Viertel-jahrhefte des Instituts für Konjunkturfors-chung enthaltene Untersuchung zeigt, in welchem Maße der deutsche Maschinenexport seit Ausbruch des Dritten Reiches gelitten hat. Im vierten Vierteljahr 1934 hatte die englische Maschinenaufuhr den Stand vom 1. Februar 1930, also einer Zeit relativ guter Weltkonjunktur, die amerikanische die Höhe wiedererlangt, die sie zuletzt vor drei Jahren erreicht hatte. In umgekehrter Rich-tung geht die Entwicklung der deutschen Maschinenaufuhr. Die Maschinenbestellungen des Auslandes hatten im dritten Vierteljahr 1930 um 12 Prozent mehr, im vierten Vierteljahr 1934 um zwei Drittel weniger betragen als 1928, sie waren also seit 1930 auf fast ein Drittel gesunken. Dagegen hatten die Inlandsbestellungen gleichzeitig enorm zugenommen; der Index der inländischen Maschinenbestellungen war von 57,2 im dritten Vierteljahr 1930 auf 116,6 im vierten Vierteljahr 1934, also auf mehr als das Doppelte gestiegen. Daraus ergibt sich, in welchem Maße der »Aufschwung« auf »Staats«, d. h. auf Pumpkonjunktur beruht.

Sehr aufschlußreich sind die Zahlen des IFK, die zeigen, wie diese Entwicklung der Maschinenkonjunktur auf die Beschäftigung der Arbeiter eingewirkt hat. Im Sommer-halbjahr 1929 waren in der deutschen Ma-schinenindustrie 590.000, Ende 1934 520.000 Arbeiter beschäftigt. 1929 waren von den in der Maschinenindustrie Beschäftigten insge-samt für das Inland 340.000, für das Ausland 250.000 tätig. Dagegen waren Ende 1934 für Inlandsauftrage 460.000 und für Auslands-aufträge nur 60.000 Arbeiter beschäftigt. Die Zahl der für das Inland Tätigen war demnach um mehr als ein Drittel größer geworden, dagegen die Zahl der für das Ausland Beschäftigten auf weniger als ein Viertel gesunken. Daran kann man ersehen, wie stark die Ar-beitslosigkeit zunehmen muß, wenn Hitler sich entschließt, das Tempo der Aufrüstung zu dämpfen. Daß es dann gelingen würde, auch nur annähernd entsprechenden Ersatz durch Export zu schaffen, ist mehr als zweifelhaft, denn die Zahlen der englischen und amerikanischen Ausfuhr zeigen, daß es diesen beiden stärksten Konkurrenten gelungen ist, in die von Hitlerdeutschland preisgegebenen Absatzmärkte einzudringen.

Propaganda und Tat

Es gibt in Deutschland 17 Millionen Wohnungen. Ein Fünftel davon, die Riesenzahl von über 3 Millionen Wohnungen, sind in der sozialen Republik von Weimar geschaffen worden. Trotz Kriegsniederlage und Zusammenbruch, trotz jahrelanger Baustoffnot und Inflationswirrwarr, trotz von rechts und links die Nurrkriker und die Nurrplänemacher an allem herumörgelten und alles heruntergerissen, was in mühseliger sorgenvoller Kleinarbeit von Sozialisten in Ministerien und Rathäusern, in Parlamenten, Gemeindestuben und Baugenossenschaften aufgerichtet wurde! Die nicht zuletzt von Sozialdemokraten geschaffene Kultur des Wohnungswesens in der Nachkriegszeit ist ein gewaltiges Denkmal positiver Sozialpolitik, das in die Jahrzehnte wirken wird.

Jetzt liegt der amtliche Bericht über den Wohnungsbau im Jahre 1934 vor, dem Jahre, in dem das »Dritte Reich« den größten Teil seiner wirtschaftlichen Kraftanstrengung neben der Rüstungskonjunktur dem Baumarkt zugewendet hat. Stolz meldet man einen Zugang von 319.000 Wohnungen. Natürlich vergißt man den Vergleich mit den so oft berufenen vierzehn Jahren, die nur zitiert werden, wenn man verlogene Schimpferelen von Schmach und Schande braucht. Sonst müßte man zugestehen, daß im Jahre 1934 trotz aller staatlichen Subventionen die Zahl der Wohnungen neu gebauten in den Jahren marxistischen Einflusses bei weitem nicht erreicht worden ist. Unter den 319.000 Wohnungen aus dem Jahre 1934 sind in Wirklichkeit nur 190.000 Neuwohnungen, während der Rest irgendwelche umgebaute Wohnungen betrifft, die infolge des allgemeinen Niederganges leer standen. Im Neuwohnungsbau waren aber schon im Jahre 1928 über 318.000 Wohnungen erzielt, im Jahre 1927 306.000. Diese Leistungen aus demokratischer Zeit stehen also turmhoch über der Rekordzahl von 190.000 des Hitlerjahres 1934, die übrigens weder im Jahre 1933 erreicht worden war, noch im Jahre 1935 wieder erreicht werden wird, denn die Bauwirtschaft befindet sich mangels genügender öffentlicher Mittel schon wieder im Niedergang. Dabei hat sich der Wohnungsbedarf seit dem Zurückdrängen und schließlich der Zerstörung der Arbeiterorganisationen von Jahr zu Jahr erhöht auf jetzt 1,35 Millionen Wohnungen.

Das Bild rundet sich erst, wenn man daran erinnert, daß in der kaiserlichen Vorkriegszeit trotz wachsenden Reichtums an Volksvermögen nur etwa 60.000 Wohnungen jährlich auf weit größerem deutschen Gebiete erstellt wurden. Die Republik von Weimar unter dem Drängen von Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften hat diese Zahl in dem ärmeren Deutschland verfünffacht. Wer wußte es? Wer erfuhr es? Wer von den geistvollen Schriftstellern, die ihren Witz an den Schwächen des Staatswesens übten, hätte je auf die gewaltigen sozialen Leistungen hingewiesen? Die Republik aber und ihre Träger übten eine Tugend, die in Jungfernstiften angebracht ist als in der Politik, die Bescheidenheit. Trösten wir uns nicht damit, daß trotz aller hitlerischen Reklameschreier schließlich das fortlebende Werk für die Republik von Weimar zeugen wird, sondern arbeiten wir, daß im Reiche wiederkehrt, was in den schwersten Nachkriegsjahren trotz allem ruhmvoll am Werke war: der sozialistische Aufbauwille des deutschen Arbeiters.

Hannes Wink.

Der harmlose Rosenberg

Rosenberg auf dem Thüringer Nazi-Parteitag:

Wenn auch der Nationalsozialismus niemals Propaganda im Ausland machen wird, so hat er doch ein Beispiel gegeben, das sich aus der Weltgeschichte nicht mehr streichen läßt!

Laß deine rechte Hand nicht wissen, was die Linke tut!

Gefährliche Wahrheit

»Dichtung ist vorzüglich dazu geeignet, das Leben eines Volkes erkennen zu lassen und jeder der wünscht, diese oder jene Art der Dichtung müsse unterbunden werden, versperrt sich einen Hauptweg zur Wahrheit. Denn die Zustände werden ja nicht durch Unsichtbarmachen verändert. ... Wenn an Verwandlung gelegen ist, der sollte aller Dichtung die Freiheit geben. ... Denn dem, der Dauer will, kann doch nur an der Wahrheit gelegen sein und nicht an einer, wenn auch noch so imposanten Fassade!«

Wo stehen diese, der Beherzigung werthen, Sätze? Sie sind — man höre und staune! — einem höchst gleichgeschalteten reichsdeutschen Blatt entnommen. Der waghalsige Autor hat sie in einen ansonst ganz unpolitischen Artikel hineingeschmuggelt und der Redakteur hat sie stehen lassen. Alle Achtung!

England und Deutschland

Hitlers englische Niederlage — Verlorene Illusionen in England

In England hat sich der lang vorhergesagte Regierungswechsel vollzogen. Macdonald und Baldwin tauschen ihre Aemter, so daß nunmehr Baldwin Ministerpräsident ist. An die Stelle von Sir John Simon tritt Sir Samuel Hoare als Außenminister, und Mr. A. Eden ist Minister für Völkerbundsangelegenheiten geworden.

Die Flottenbesprechungen in London haben begonnen und sind bereits wieder vertagt worden, die deutschen Vertreter sind wieder nach Hause gereist. Vom Verlauf der Verhandlungen über den Luftpakt hört man nichts, und auf die Rückfragen in Berlin, die den Inhalt der Hitlerrede vom 21. Mai näher präzisieren sollten, hat die englische Regierung eine nicht sehr befriedigende inhaltende Antwort erhalten. Die Welle des Friedensoptimismus ebbt ab, und die Grundzüge des deutsch-englischen Verhältnisses von heute treten wieder schärfer hervor.

Nach dem Regierungswechsel steht das englische Kabinett unter betont konservativer Führung. Es hat die Form erhalten, in der es den bevorstehenden Wahlkampf führen will. Dennoch ist der Wechsel nicht nur rein innerpolitisch zu erklären: er wurde immer unvermeidlicher, je mehr Illusionen über die Hitlersche Politik zusammenbrachen, je deutlicher es wurde, daß die Macdonaldsche Konzeption des deutsch-englischen Verhältnisses in Widerspruch mit der Wirklichkeit geriet. Für die Hitlerpolitik wäre es jetzt an der Zeit, zurückzublicken: sie hat eine große Chance für Deutschland zerstört!

Die deutsche Politik hat die englische Regierung geradezu mit Faustschlägen von Deutschland fortgetrieben. Es war ein Kernstück der politischen Konzeption der Hitler und Rosenberg, England als Bundesgenossen zu gewinnen. Die Voraussetzungen dafür waren nicht schlecht, weder in Deutschland noch in England. In Deutschland hat schon vor dem Kriege der Gedanke einer deutsch-englischen Entente bei den Vorläufern der nationalsozialistischen Rassepolitiker eine wesentliche Rolle gespielt. Der Bund der »zwei weißen Völker« war einer der außenpolitischen Träume dieser Zeit, hat die »Gott-straft-England«-Stimmung überstanden und ist nach Versailles eine der politischen Hauptkonzeptionen der Nachkriegspolitik geworden. Diese Hoffnungen auf England sind mit besonderer Stärke hervorgetreten während des Ruhrkonfliktes und späterhin bei allen Verhandlungen um die Reparationsfrage. Es war eine allgemeine Strömung, auch im Volksbewußtsein wurde scharf unterschieden zwischen der Stellung zur Politik Poincarés und zu England. Andere Konzeptionen, wie z. B. die der sogenannten Kontinentalpolitik sind dagegen immer künstlich und wirkungslos geblieben. Diese hohe Bewertung Englands in der deutschen außenpolitischen Bilanz war nicht nur der Regierung und ihren Parteien, sondern auch der Opposition eigentümlich. Die Hitler-Rosenbergsche Konzeption, wie sie z. B. im zweiten Band von »Mein Kampf« vertreten wird, war nichts als eine Uebertreibung dieser allgemeinen Linie ins Dilettantisch-Groteske.

In England wiederum drängten sozialistische und liberale Politiker auf Entgegenkommen gegen Deutschland, auf Aufhebung der isolierenden Kraft des Versailler Vertrages, auf die »Gleichberechtigung«. Der bedeutendste und einflußreichste dieser Politiker war Ramsay Macdonald. Er hat für die Zurückführung Deutschlands in den Völkerbund gewirkt, er hat unter allen Staatsmännern in der Frage der Rüstungen das weiteste Entgegenkommen an die deutsche Politik gezeigt. Auf ihn setzte Brüning seine Hoffnungen, als er davon sprach, daß er hundert Meter vorm Ziel sei, schon damals hatte er das Zugeständnis des deutschen 200.000-Mann-Heeres ins Auge gefaßt. Es ist die Konzeption Macdonalds, die die Außenpolitik der Labour Party bis jetzt getragen hat, längst nach dem Ausbruch der bitteren Feindschaft zwischen ihr und Macdonald. Der Gedanke, Deutschland sei Unrecht geschehen, und deshalb werde die Beseitigung des Unrechts zu voller Beruhigung und Sicherheit führen, hat diese Politik zur Dienerin und Förderin der Hitlerpolitik gemacht in einem Aus-

maße, das alle mit Entsetzen erfüllt hat, die das wahre Wesen und die wahren Absichten der Hitlerschen Machtpolitik durchschauten. So stark war diese Tendenz, die sich im übrigen auf ein unerschüttertes Sicherheitsgefühl und wachsende pazifistische Stimmung des englischen Volkes stützte, daß sie die offizielle englische Außenpolitik bestimmt hat, obgleich die Opposition im Schoße der die Regierung tragenden konservativen Partei immer stärker wurde.

Diese einzigartige, unvergleichliche Chance für die deutsche Politik hat das Hitlersystem zerstört. So stark war der gute Wille in England, daß es zwei Jahre der provokatorischen, brutalsten, hohnvollsten deutschen Politik bedurft hat, um eine Aenderung herbeizuführen. Aber nun ist es so weit. Die deutsche Politik der letzten Wochen hat dieser Chance noch die letzten schwersten Stöße versetzt. Auch heute noch gibt es Pro-Germanen in England von Rang, Ansehen und Einfluß — aber die allgemeine Mentalität ist heute ganz anders.

Die Tragödie Macdonalds

Als die deutschen Flottenbaupläne, als insbesondere der Bau von Untersee-Booten in England bekannt wurden, schlug die Stimmung gründlich um. Diese Pläne enthüllen mehr als alle Erklärungen. Sie bedeuten zunächst eine sofortige Machtverschiebung in der Ostsee, eine fundamentale Veränderung des Problems der drei Randstaaten, Litauen, Lettland, Estland, sie werden Sowjetrußland zur Rüstung auch zur See zwingen. Vor allem aber bedeuten sie eine völlige Verschiebung der Machtlage in der Nordsee. Ganz einmütig wird in England die Ansicht vertreten, daß eine an den deutschen Küsten konzentrierte Flotte, die 35 Prozent der über alle Weltmeere verteilten englischen Gesamtflotte stark ist, und dazu noch aus neuen, modernsten Schiffen bestehe, Deutschland zur Ueberlegenheit seiner Landrüstung auch noch die Ueberlegenheit zur See in der Nordsee geben werde. Weiter müssen diese Pläne, die eine stärkere Bindung der englischen Flotte in den heimischen Gewässern bedingen, die Machtlage im Mittelmeer verändern und damit ein neues starkes Element der Unsicherheit in die europäische Politik hineinbringen. Man hat in England das Gefühl, daß es sich um einen Generalangriff handelt, der alle europäischen Verhältnisse unsicher und fließend machen soll.

Aus diesem Gefühl ist der Entschluß der englischen Regierung entsprungen, die englische Luftrüstung aufs äußerste zu beschleunigen und zugleich Sorge zu tragen für eine umfassende industrielle Bereitstellung für Rüstungszwecke. Es liegt darin die persönliche Tragödie Macdonalds, der bis zuletzt an die Ehrlichkeit der Hitlerpolitik geglaubt hatte, und dem nun die politische Konzeption seines ganzen Lebens einstürzt. Er hat die bitteren Konsequenzen gezogen in seinem oft zitierten Artikel in der Zeitschrift »New Letter«, in dem er selbst gesteht: »Ich habe also in Betrübnis, nicht in selbstgerechter Verdammung geschrieben.« Ueber die Bitterkeit dieses Zusammensturzes schreibt Wickham Steed:

»Britische Botschafter und verantwortliche Persönlichkeiten warnten ihn, daß man ihn wiederum täuschen werde. Einem dieser Ratgeber sagte er vor nahezu drei Jahren: »Mag sein, daß Sie recht haben, daß ich unrecht habe. Manchmal fürchte ich, daß Sie recht haben werden. Aber ich habe eine bestimmte Politik verfolgt und ich muß durchhalten bis an das bittere Ende.«

Während der letzten Monate und Wochen hat Ramsay Macdonald die ganze Bitterkeit dieses Endes gefühlt und erkannt, zu dem seine Politik geführt hat. Er hatte in gutem Glauben die offiziellen, halb offiziellen und die geheimen Emissäre Deutschlands, darunter auch jene des Herrn Hitler empfangen, und er hatte geglaubt, was jene ihm erzählt hatten. Nach und nach hatte er den Schluß ziehen müssen, daß sie ihn getäuscht und verraten hatten. Dann revoltierte er.

Wenn Deutschland klug ist, wird es aufhören, den Artikel des Ministerpräsidenten als bloßen Ausbruch von Enttäuschungen oder »Nervosität« zu deuten, und es wird verstehen, daß er die Wandlung zu einer festen Friedenspolitik bei einem Mann bedeutet, der

seit mehr als zwanzig Jahren der starrste Pro-Germane Großbritanniens war.«

In der Parlamentsdebatte vom 2. Mai erklärte der Führer der Liberalen, Sir H. Samuel, nach den Ankündigungen Macdonalds über die englische Luftrüstung:

»Ich bin sicher, daß der Premierminister tief enttäuscht sein muß von dem Gang der Dinge im Verlaufe seiner Regierung, und für ihn, der auf eine lange Tätigkeit und eifriges Streben nach internationaler Abrüstung und Verständigung zurückblickt, muß es fast eine Tragödie sein, daß er der Premierminister einer Regierung ist, die dem Parlament solche Vorschläge unterbreiten muß.«

Aber es ist nicht nur die Tragödie Macdonalds allein, sondern zugleich die Tragödie der Friedensfreunde und der Freunde Deutschlands in England. Von ihnen sagte Sir H. Samuel: »Die britische öffentliche Meinung stand bis zu einem hohen Grade der deutschen Sache sympathisch gegenüber. Wir verstanden diese Sache. Aber nun hat sich eine bemerkenswerte Wandlung in Reih und Glied der Liberalen und der Arbeiterpartei vollzogen, und die Erklärung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland, die Schaffung einer Luftstreitmacht, und nun der Bau von Unterseebooten, die eine beträchtliche Flottenverstärkung ankündigen, haben ganz sichtbar und abschätzbar die bisherigen Ansichten verändert.« Diese Wandlung war so stark, daß sie fast panikartigen Charakter hatte. Das englische Volk beginnt zu begreifen, daß es trotz seiner Ueberlegenheit zur See auf seiner Mutterinsel durch den Luftkrieg bedroht wird, und die Praxis der Luftschutzübungen, die jetzt in den englischen Großstädten durchgeführt werden, läßt ihm diese Bedrohung als ernste, nahe Gefahr erscheinen. Der Uebergang vom absoluten Sicherheitsgefühl zur Erkenntnis einer nahen Gefahr muß ein Volk tief beeindrucken. Sir A. Chamberlain erklärte in dieser Parlamentsdebatte, daß die Situation in Europa gegenwärtig ernster sei als jemals zuvor seit 1914, und daß er nicht sicher sei, daß England dieses und das nächste Jahr für seine militärischen Vorbereitungen noch zur Verfügung haben werde. Er verlange deshalb, daß die Regierung die Art von Energie aufbringe, die während des Krieges gezeigt worden sei und die sich auf die Höhe der großen Anforderungen des Krieges erhoben habe. Er schloß:

»Ich wünsche zu wissen, zu welchem Zwecke Deutschland die Rüstungsgleichheit zu benutzen gedenkt. Genügt es ihm, den Status quo wieder erreicht zu haben, oder soll diese Armee, die es verlangt, damit es sich zu Hause sicher fühlt, morgen dazu benutzt werden, um einen Nachbarn oder einen anderen über die Grenzen hinweg sich unsicher fühlen zu lassen und von diesem Nachbarn auf der Spitze des Schwertes Konzessionen zu erlangen, die aus freiem Willen niemals gewährt werden würden. Bedeutet die Zerreißung des diktierten Friedens von Versailles nur, daß ein neuer diktiert Friede von Berlin an seine Stelle treten soll? Wir müssen wissen, wie der Geist des Volkes ist, mit dem wir verhandeln und ob mit ihm die Möglichkeit eines vereinbarten dauernden Friedens gegeben ist unter Bedingungen, die erträglich für die sind, die schließlich in dem großen Kampf von 1914 bis 1918 die Sieger waren. Wenn Deutschland statt überzeugen zu wollen beabsichtigt, seinen Willen zu erpressen oder zu diktieren, dann wird es abermals England auf seinem Wege finden, und mit England die großen freien Dominions, und es wird dann auf eine Kraft gestoßen sein, die

Görings Hochzeitreise



Endlich allein!

(Notenkraker)

dann noch einmal sich ihm überlegen erwidern wird.

Labour und der Stimmungswechsel

Die Labour-Party hält nach wie vor an der Opposition gegen die Verstärkung der englischen Rüstung fest. Aber diese Opposition ist heute viel weniger intransigent, viel weniger kämpferisch, und viel weniger einmütig. Noch am 23. Mai hat die Labourfraktion gegen die Ausgaben für die Luftflüstung gestimmt — aber weder entspricht diese Haltung noch dem einmütigen ungeborenen Willen der Partei und der Gewerkschaften, noch wird sie wie noch vor wenigen Monaten von einer großen Welle des Volkswillens getragen. Die Resolution, die das erweiterte Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Brüssel am 7. Mai beschlossen hat, läßt deutlich die Entwicklung der Labour-Politik erkennen. Auch die Labour-Party erlebt ihre tragische Stunde. Ihre Politik des Friedens um jeden Preis hatte ihr einen gewaltigen stimmungsmäßigen Aufschwung verliehen, hatte ihr eine Reihe von großen Nachwahlsiegen eingetragen und ihr ein Kraftgefühl gegeben, daß sie als die sichere große Siegerin der nächsten allgemeinen Wahlen zeigte. Auf diese Entwicklung fällt ein Schatten: das Sicherheitsgefühl und der darauf beruhende Pazifismus der englischen Volksmassen ist ins Wanken gekommen, damit ist die Durchschlagskraft der Labour-Wahlpropaganda geschwächt worden. Die »Times« kann heute der Labour Party vorhalten: »Die Tage von East Fulham (wo Labour einen großen Wahlsieg errang) sind vorüber. Wie neuere Nachwahlen gezeigt haben, ist es nicht länger möglich, den Wählern einzureden, daß Deklamationen über den Frieden den einzigen Prüfstein für Friedensfreunde darstellen, und daß ein Sinn der Verantwortung für die Verteidigung gleichbedeutend mit Kriegstreiberei ist.« Labour ringt mit einem Problem, das schon vor dem Kriege und erst recht im Kriege die sozialistische Politik überschattet hat. Die Möglichkeit, daß eines Tages harte Notwendigkeit über die friedlichste Gesinnung und die pazifistische Theorie hinwegschreiten könnte, zwingt auch die Labour-Party, heute schon dafür zu sorgen, daß sie den Boden der Wirklichkeit nicht unter den Füßen verliert. Das ist ein Geschick, das sich nicht an ihr allein, sondern an fast allen sozialistischen Parteien Europas vollzieht.

Die Tatsachen marschieren sehr rasch. Noch am 11. März 1935 griff die Labourfraktion die Regierung heftig an, weil sie ein Weißbuch über den Stand der internationalen Rüstungen veröffentlicht hatte, das ein wahrheitsgemäßes Bild der Lage Europas zeichnete. Damals beantragte Labour ein Mißtrauensvotum, in dem es der Regierung vorwarf, daß ihre Rüstungspolitik Wettrüsten und Krieg hervorrufe. Damals wurde dem Sprecher von Labour zugerufen: »Sagen Sie das Hitler!« und Sir A. Chamberlain hielt ihm vor:

»Wenn der Krieg ausbräche und wenn wir die Opfer eines Angriffes oder in einen Kampf verstrickt würden, wenn die Bomben auf London fallen — würden er und seine Freunde auch noch die Reden halten, die sie heute halten. Wenn ja — dann würde er eines der ersten Opfer des Krieges sein, denn die mit Recht erbitterte Bevölkerung würde ihn an den nächsten Laternenpfahl hängen.«

Seitdem ist noch nicht ein Vierteljahr verstrichen. Die Einbringung eines solchen Antrages wäre Labour heute ganz unmöglich, weil er sich gegen die Partei selbst kehren würde, und die Erbitterung des Kampfes zwischen den Parteien über diese Fragen ist vollkommen vergangen, weil inzwischen sich die Regierung der Deckung ihrer Rüstungspolitik durch das nationale Gefühl sicher weiß und weil die Labourpolitik im Griff einer Notwendigkeit ist, die zu zerbrechen außerhalb ihrer Macht liegt. Auch die Labour-Führer sind im tiefsten Innern überzeugt, daß bei einem europäischen Kriege England nicht neutral bleiben wird und kann, und daß es dann nicht an der Seite Deutschlands, sondern an der Frankreichs stehen wird. Diese Ueberzeugung ist ihnen durch die Hitlerpolitik eingehämmert worden.

Täuschende Ruhe

Die englische Politik zeigt im Augenblick ein ruhiges Gesicht gegenüber Deutschland. Sie hat die Hitlerrede mit großer Konzilianz aufgenommen. Sie wird nicht aufhören zu verhandeln und Entspannung zu suchen — aber es ist ein anderer Geist, der hinter den Verhandlungen steht. In der Zukunft mögen Spannung und Entspannung im deutsch-eng-

Eine lehrreiche Regierungskrise

Plutokratie gegen Demokratie — Kommunistische Verwandlung

V. Sch., Paris, 10. Juni.

Die soeben beendete französische Regierungskrise war für jeden Politiker und besonders für jeden Sozialdemokraten überaus lehrreich.

Sie hat zunächst die Uebermacht des Finanzkapitals in einem Ausmaße enthüllt, das sogar die besten Kenner der französischen Verhältnisse überraschte. Sie hat bewiesen, daß es keine bloße Redensart noch eine Uebertreibung ist, wenn man behauptet, daß Frankreich weniger eine Demokratie als eine Plutokratie ist, in der der Wille einer großkapitalistischen Oberschicht stärker ist als der Wille der Mehrheit des Volkes. Das Machtzentrum dieser Oligarchie ist die Bank von Frankreich, deren Regentschaftsrat einen wahren Staat im Staate bildet. Denn die von der Volksvertretung getragene Regierung ist bei jedem Fälligkeitstermin auf das Wohlwollen und die Unterstützung jener anonymen Drahtzieher angewiesen, die die Uebernahme von Schatzwechseln von der Erfüllung politischer Bedingungen abhängig machen. Im Regentschaftsrat aber sitzen Vertreter der Großbanken, der Schwerindustrie und der Versicherungskonzerne, die einen maßgebenden Einfluß auf den größten Teil der angeblich überparteilichen Zeitungen mit Riesenaufgaben ausüben.

Regierungen, die, gestützt auf die Mehrheit der Wählerschaft gegen diese Bevormundung zu rebellieren versuchen, werden durch die Drohung mit Terminschwierigkeiten, mit künstlich herbeigeführter Börsenflaute, Kurssturz der Staatsanleihen und nötigenfalls mit einer mutwillig heraufbeschworenen Finanzpanik müde und gefügig gemacht. Als ein Mann der gemäßigten Rechten hatte Pierre-Etienne Flandin den Versuch unternommen, den vor ihm kein Staatsmann der Linken gewagt hatte, die Bevormundung des Staates durch das Zentralnoteninstitut abzuschütteln. Die Finanzkamarilla, die vom reaktionären Senator de Wendel geführt wird, der in Personalunion Mitglied des Regentschaftsrats der Bank von Frankreich, Schwerindustrieller und mehrfacher Zeitungsbesitzer ist, rächte sich an ihm: sie zwang ihn nicht nur, Vollmachten für unpopuläre Deflationsmaßnahmen zu verlangen, die den Widerspruch der Linken erzeugen mußten, sondern sie veranlaßte zugleich die Rechte, gegen diese Vollmachten zu stimmen, um ihn auf diese Weise zu stürzen.

Warum nicht Linksregierung?

Die darauffolgende Regierungskrise stand völlig im Zeichen dieses außerparlamentarischen Druckes des Finanzkapitals. Die Versuche, eine reine Linksregierung zu bilden, waren von vornherein zum Scheitern verurteilt; denn die klare Mehrheit, über die sie im Parlament verfügt hätte, wäre bald illusorisch geworden, weil die Banken, gestützt auf die Presse, eine Frankopanik und einen Run auf die Sparkassen verursacht hätten. Dem hätte man nur mit revolutionären Mitteln entgegenzutreten können. Dessen waren sich die Radikalen bewußt und nicht wenige wollten es wagen, Seite an Seite mit den Sozialisten und Kommunisten. Aber die Älteren Führer der Radikalen erklärten demgegenüber, und wahrscheinlich mit Recht, daß die Zeit für eine solche gewaltsame Auseinandersetzung noch nicht reif sei, weil erst das Volk, einschließlich der Millionen von kleinen Sparern, begriffen müsse, worum es gehe.

Indessen hat diese Erkenntnis der finanzkapitalistischen Tyrannei, die die demokratische Staatsform illusorisch mache, ungeheure Fortschritte gerade während dieser Krisentage gemacht, nicht nur im Parlament, son-

der auch in den breiten Massen des Volkes. Die Mehrheit der Deputiertenkammer hat zwar am Freitag nachts kapituliert, in dem sie Laval die Vollmachten gewährte, die sie innerhalb von acht Tagen nacheinander Flandin und Bouisson verweigert hatte, aber die aufrüttelnden Reden, die dabei vom Sozialisten Lagrange, vom Neosozialisten Marcel Déat und vom Jungradikalen Jean Zay gehalten wurden, waren der Widerhall einer sich steigenden Empörung im Volke gegen die Nebenregierung der Großbanken. Vielleicht hat das Finanzkapital schon jetzt den Bogen überspannt und bei der nächsten Defizitkrise, die infolge der illusorischen Deflationspolitik wahrscheinlich schon im Herbst fällig sein wird, kann es zu einer revolutionären Entscheidungsschlacht zwischen Demokratie und Plutokratie kommen.

Die Macht der Großbanken

Die Sozialisten aller Länder haben allen Anlaß, diese Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Denn das französische Beispiel zeigt aufs Neue, daß zur Eroberung der Macht im Staate auch die Niederwerfung der großkapitalistischen Kräfte gehört. Vielleicht ist die Macht der Großbanken gerade in Frankreich seit jeher besonders stark, stärker als in anderen Ländern. In Deutschland stand uns eher eine andere Form des Großkapitals entgegen: die Schwerindustrie und das mit ihr verbundene Großagrarium. Indessen zeigten die Vorgänge vom Winter 1929/1930, als Hilferding durch einen Ukas der Großbanken als Reichsfinanzminister zum Rücktritt gezwungen wurde, daß auch diese Form der Plutokratie mit den gleichen Erpressungsmethoden wie in Frankreich ihren Einfluß in die Waagschale zu werfen versteht. Ebenso haben im Sommer 1931 die Bank von England und die Londoner Großbanken ihre Rolle beim Sturz und Zerfall der Labour-Regierung gespielt. Noch nie ist aber der Versuch einer Geldoligarchie, ihren Willen gegen die Massen des Volkes durchzusetzen, so deutlich und so zynisch durchgeführt worden wie hier in den letzten Tagen. Und deshalb wird es besonders lehrreich sein, die Entwicklung in Frankreich zu verfolgen.

Die kommunistische Wandlung

Aber auch in anderer Hinsicht war die französische Krise gerade für uns besonders interessant. Denn die Haltung der französischen Kommunisten, ihre rapide Entwicklung vor allem in den jüngsten Wochen, gehört zu den sensationellsten Tatsachen der letzten Jahre.

Als ich an dieser Stelle vor etwa zwei Monaten Zweifel an der Dauer der sozialistisch-kommunistischen Einheitsfront äußerte, so beruhte diese Prognose auf kommunistischen Äußerungen, die eindeutig darauf hindeuteten, daß es den Kommunisten nur darauf ankomme, die sozialistische Partei von innen auszuhöhlen und zu zerstören. Die Sozialisten erkannten die Gefahr und waren in ihrer großen Mehrheit entschlossen, kurzen Prozeß zu machen, höchstens noch die Gemeindewahlen abzuwarten, um wenigstens noch bei dieser Gelegenheit die Früchte dieses gewagten Experimentes zu ernten.

Inzwischen haben sich die Ereignisse überstürzt, allerdings nach einer ganz anderen Richtung hin. In der zweiten Maiwoche fuhr Laval nach Moskau und hatte dort jene historische Unterredung mit Stalin, aus der jenes sensationelle gemeinsame Kommuniqué entstand: Stalin verstehe und billige die Bemühungen der französischen Regierung, ihre Wehrmacht auf der Höhe des französischen Sicherheitsbedürfnisses zu halten ... Diese unzweideutige Billigung alles dessen,

einmal im Wettbewerb miteinander rüsten, wenn sie gegeneinander rüsten, weil sie im andern den möglichen Feind von morgen sehen, wenn sie die Notwendigkeit der eigenen Rüstung an der Rüstung des anderen Volkes messen, dann vollzieht sich in ihrem politischen Denken und in ihrem Verhältnis eine verhängnisvolle Aenderung, die nahezu schicksalhaft weiter wirkt.

Regierung und Volk in England haben heute ihre Position eingenommen, sie nehmen die Lasten der Rüstung auf sich — ein schwerer Entschluß für ein Land mit natürlicher steigender Konjunktur, das sich gerade zu erholen im Begriff ist — sie sind entschlossen, sie werden im Konfliktsfalle den Weg gehen, auf den sie die Hitlerpolitik in unbegreiflicher Verblendung mit Gewalt gestoßen hat.

Max Klinger.

was auf dem Gebiete der Rüstungen in den letzten Monaten hier geschehen und was von Sozialisten und Kommunisten mit schärfster Opposition beantwortet worden war, stellte vor allem für die hiesigen Kommunisten einen schweren »Schlag ins Kontor« dar. Auch für die Sozialisten war es nicht ganz angenehm, denn es zeigte, daß die Moskauer Regierung die Hitler-Gefahr ganz anders einschätzt — oder wenigstens ganz andere praktische Konsequenzen daraus zieht — als die westeuropäischen Sozialisten. Aber die Sozialisten konnten sich nicht direkt durch einen Ukas von Stalin desavouiert fühlen, sie konnten, wie es auch Léon Blum sofort tat, energisch dagegen protestieren — auf die Gefahr hin, daß die Einheitsfront mit den Kommunisten in die Brüche gehe, allerdings in einer Weise und aus einem Anlaß, den kein Mensch jemals hätte voraussehen können.

Aber die Kommunisten?! Für sie, die sich bis dahin noch viel antimilitaristischer gebärdet hatten, als die Sozialisten, für sie, die die Landesverteidigung im kapitalistischen Staate, im Gegensatz zu den meisten Sozialisten, grundsätzlich und unter allen Umständen ablehnten, für sie, die vor 15 Jahren vor allem deshalb die Spaltung von Tours durchgeführt hatten, entstand durch den Spruch Stalins eine Existenzfrage. Achtundvierzig Stunden lang schrien es auch, als ob sie gegen Moskau rebellieren würden. Dann aber erschienen Plakate des kommunistischen Zentralkomitees: »Stalin hat recht! ... Gerade weil wir unser Vaterland lieben, wollen wir nicht, daß es einem Angriff der Hitlerbanditen zum Opfer fällt ...«

Der zweite Wahlgang der Gemeindewahlen, der unmittelbar folgte und vor allem in Paris den Kommunisten sehr starke Gewinne einbrachte, zeigte, daß dieser von Moskau plötzlich anbefohlene Frontwechsel den Anhängern der Dritten Internationale gar nichts geschadet hatte, im Gegenteil. Ueberhaupt hat sich bei dieser Gelegenheit abermals gezeigt, was die Kommunisten ihren Anhängern alles zumuten können.

Aber das war gewissermaßen nur der Anfang einer geradezu phänomenalen Entwicklung, die ihren bisherigen Höhepunkt während der jüngsten Krise gefunden hat. Es waren die Kommunisten, die die Initiative für interfraktionelle Besprechungen der Linksparteien ergriffen, sie erklärten sich durch ihre Redner bereit, in eine Koalitionsregierung mit den Radikalen einzutreten, oder, falls man sie wegen ihrer geringen Stärke im gegenwärtigen Parlament nicht dazu einlade, eine solche Regierung zu unterstützen ...

Die Reden, die ihre Führer Thorez und Ramette öffentlich und in den gemeinsamen Besprechungen der Linken hielten, die Resolutionen, die sie einbrachten, waren geradezu Muster an realpolitischer Einsicht. Dies wurde von allen anderen Teilnehmern ohne jede Ironie festgestellt und manche bedauerten nur, daß sich die Sozialisten nicht ganz ebenso schnell von ihren bisherigen Rollen freimachen könnten ...

Was ist geschehen? Offenbar hat Moskau ungeheure Angst vor einer faschistischen Entwicklung in Frankreich, die das neue Werk des diplomatischen und militärischen Bündnisses mit Frankreich gefährden und Hitler eine neue Chance geben würde. Daher die realpolitische Marschroute der bisherigen kommunistischen Partei, daher die Bereitschaft zur Koalitionspolitik mit den Radikalen, die bei ihnen viel eindeutiger zum Ausdruck kommt als sogar bei den Sozialisten!

Wer als deutscher Sozialdemokrat, zumal als Emigrant, diese phantastische Entwicklung aus nächster Nähe verfolgt, muß sich sagen: Also erst mußte der siegreiche Hitler-Faschismus den Bestand der Sowjet-Union unmittelbar gefährden, bevor die Moskauer Regierung erkannte, daß ihre Komintern fünfzehn Jahre lang eine Politik selbstmörderischen Wahnsinns ihren verschiedenen europäischen Sektionen, vor allem in Deutschland, angeordnet hatte!

Nörgler Fontane

»Fontane hat eine durchaus literaristische Haltung besessen ... Seine ganze Grundhaltung heißt Skepsis. Er ist ein Nörgler, ein enttäuschter Idealist ... Die Jugend greift fast gar nicht mehr nach solchen Büchern, deren Probleme sie nicht mehr ansprechen.«

(Dr. Skopnik in der »Deutschen Arbeitsfront« über »Richtlinien für neue Wertungen liberalistischen Schrifttums.«)

Der Sozialismus marschiert dennoch!

Marxismus in der spanischen Akademie der Staatswissenschaften

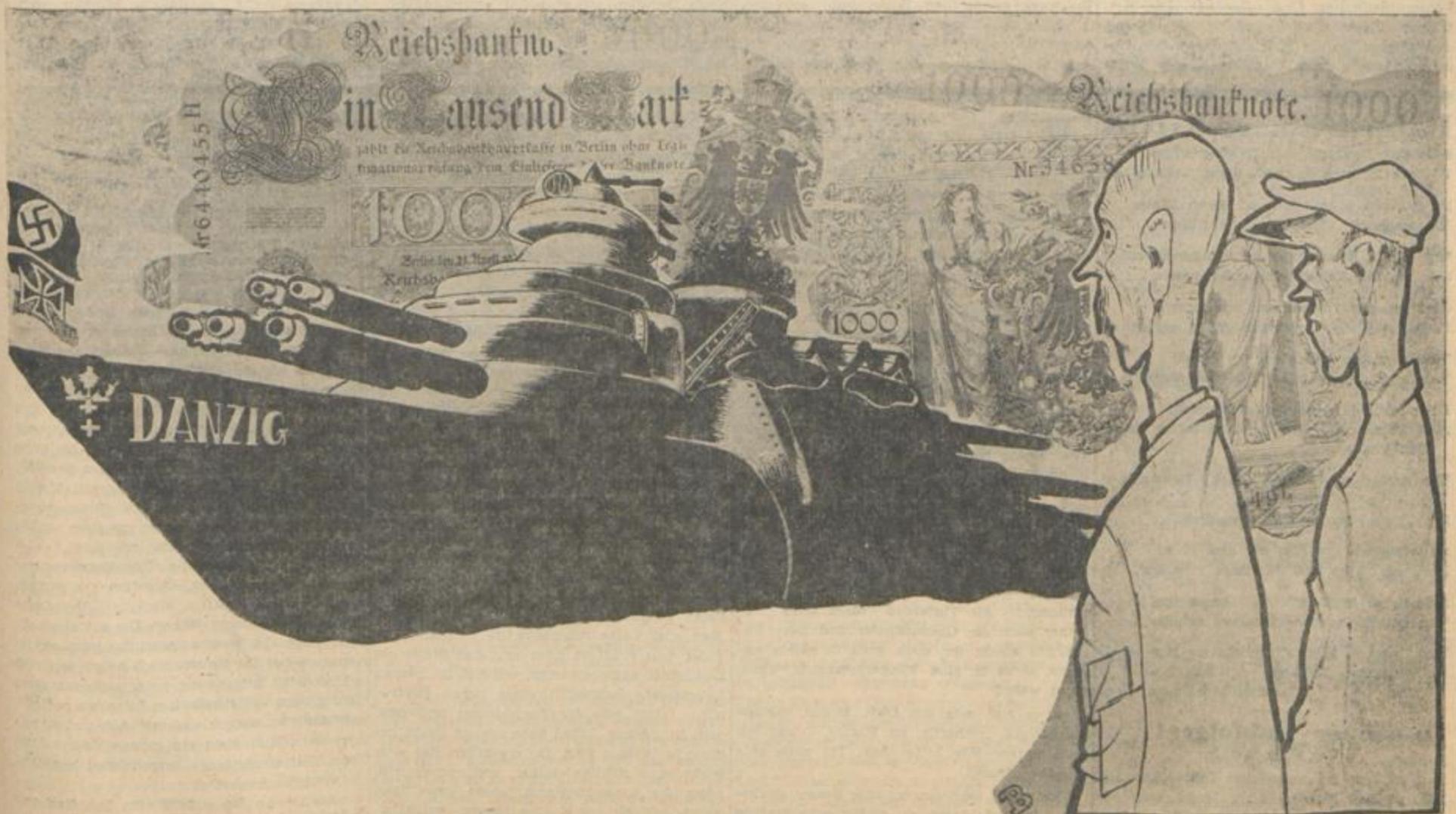
Aus Madrid wird uns geschrieben:
 Ein Marxist Mitglied der Politischen Akademie von Madrid, und dies im Jahre 1935, wo Marxismus und Sozialismus zwei Begriffe sind, die entweder totgeschwiegen werden im politischen Leben oder nur mit Abscheu und Verachtung ausgesprochen werden, weil sie für alle Bürger der Halbinsel gleichbedeutend sind mit dem, was man die »Scheußlichkeiten«, die Verbrechen der Oktoberbewegung nennt! Die politische Lage in Spanien ist äußerst gespannt und sehr undurchsichtig. Seit mehr als einem halben Jahre gibt es keine Arbeiterpresse, keine Arbeiterversammlungen, die gewerkschaftlichen Organisationen der sozialistischen Arbeiterschaft sind suspendiert, die Abgeordneten — sofern sie nicht geflohen sind oder im Gefängnis sitzen — schweben völlig im luftleeren Raum, haben keine Möglichkeit, sich mit den Massen, deren Repräsentanten sie sein sollen, in Verbindung zu setzen. Gewiß gilt dies annähernd auch von den andern Cortes-Mitgliedern, da ja alle öffentlichen Versammlungen starken Beschränkungen unterliegen, aber diese haben wenigstens das Mittel einer Presse, wenn auch einer stark zensurierten. Die Arbeiterschaft aber, im vierten Jahre der von ihr im wesentlichen geschaffenen Republik, ist völlig entmachtet und entbehrt — trotz der formelhaften Aufrechterhaltung der Konstitution — der wesentlichsten Rechte, die in dieser niedergelegt sind. Vorabend einer Diktatur mit einigen faschistischen Zügen, Vorabend neuer revolutionärer Ereignisse? Die Waage des politischen Gleichgewichts zuckt hin und her, eine nicht endenwollende Kette von Regierungskrisen, die die Unsicherheit der führenden Männer charakterisieren, verhindert, daß die wichtigsten Gesetze beraten werden, so das Budget für 1935 und für 1936 und die seit langem im Schreibpult des Herrn Lerroux befindlichen Entwürfe zur Behebung der Massenarbeitslosigkeit. Rückzug der Linken auf der ganzen Linie, Ansturm der Reaktion im politischen, ökonomischen und kulturellen Leben, und mitten darin

in diesem atemberaubenden Rückzug ein plötzlicher Haltruf:
 Juan Besteiro, langjähriger Führer der sozialistischen Partei Spaniens, Vorsitzender der Gewerkschaften, Kammerpräsident der verfassungsgebenden Cortes und hervorragendster Vertreter des wissenschaftlichen Marxismus in diesem Lande, wird aufgenommen in die Reihen der illustren Mitglieder der Akademie für Staatswissenschaften, und derjenige, der den neuen Kollegen nicht nur begrüßt, sondern seine Aufnahme mit größter Wärme befürwortet, ist kein Geringerer als der amtierende Präsident der Republik, D. Niceto Alcalá Zamora.
 Wer ist Besteiro, der an einem sonnigen Sonntagnachmittag so viele Menschen in die muffige Akademie lockt, daß trotz aller Einschränkungmaßnahmen die Fassungskraft der Räume um das Doppelte überschritten war? Am Rednerpult steht ein großer, schlanker, trotz der etwas gebeugten Haltung elegant wirkender Mann mit leicht angegrautem Haar, klugem, gut ausgebildetem Kopf, mit stark professoralen Gesten, die die mehr als einundeinhalb Stunden währende Vorlesung seiner Antrittsarbeit begleiten, und mit gewinnendem, offenem Lächeln während der nicht endenwollenden Ovationen am Schluß der Feier. »Was bringt uns der neue Akademiker?« fragt der Staatschef am Schluß der Gegenrede, »die absolute Wahrheit? Weder er noch irgend jemand. Aber er bringt uns eine Ueberzeugung, eine Doktrin, eine hervorragende wissenschaftliche Vorbereitung und den Adelsbrief eines durchsichtigen und vorbildlichen Lebens. Wer brächte mehr?«
 Hervorragende wissenschaftliche Vorbereitung und ein vorbildliches Leben — Besteiro, geborener Madrider, wenn auch von nördlicher Abstammung, erhielt seine wesentlichste wissenschaftliche und charakterliche Formung durch den großen Reformator auf dem Gebiete des spanischen Schulwesens, durch Francisco Giner de los Rios. Relativ jung wurde er Lehrer der Philosophie, Psychologie und Ethik in Orense, danach in Toledo. Von ausschlaggebender Bedeutung

werden die Jahre, die er als Stipendiat in Frankreich und Deutschland zubringt, wo er nicht nur Philosophie, sondern auch Oekonomie, Politik und Staatswissenschaften studiert und die Organisationen der deutschen Arbeiter aus nächster Nähe kennen lernt. Als theoretisch voll ausgebildeter Sozialist kehrt er nach Spanien zurück, wo er eine Professur an der Madrider Universität erhält und sich allmählich zum bedeutendsten Kopf der sozialistischen Partei entwickelt. Diese Partei wurde jahrzehntlang von einer Figur außergewöhnlichen Formats geleitet, von Pablo Iglesias, der eine hinreißende Gewalt auf die Massen ausübte. Diese bis dahin unbestrittene Vorherrschaft eines einzelnen wird 1918 in ein Duum-Virat umgewandelt. Besteiro, der als Organisator des Generalstreiks von 1917 zu lebenslänglichem Kerker verurteilt wurde — eine Pein, »die das Schicksal Euch, meine Herren Akademiker, erspart«, führte Alcalá Zamora aus — wird dem Apostel beigeordnet. Daß er nach dessen Tode der einzige Führer der Partei und der Gewerkschaften bleibt, ist eine Tatsache, die keinerlei Diskussionen innerhalb der Arbeiterschaft hervorrief. Ebenso selbstverständlich war es, daß die junge Republik keinen würdigeren Kammerpräsidenten fand, als Besteiro, den nicht nur seine parlamentarische Schulung, sondern seine »durchsichtige Aufrichtigkeit und unbestechliche Unparteilichkeit« für diesen Posten prädestinierten. Schließlich wählte ihn die Akademie für Staatswissenschaften zu ihrem Mitglied, damit eine der höchsten akademischen Würden der spanischen Gesellschaft auf das Haupt eines Mannes legend, der — wie die rechte Presse erbot in diesen Tagen schrieb — ein erbitterter Feind dieser Gesellschaft ist. Die Wahl erfolgte 1933, die Antrittsvorlesung war für Herbst 1934 geplant, mußte aber wegen der Oktoberunruhen und der darauffolgenden Diskriminierung alles sozialistischen Wesens auf den 28. April 1935 verschoben werden.
 Eine neue Doktrin — neu ist diese Doktrin nur für die engsten Kreise der

Madrider Akademiker, die sich bisher dem Marxismus, der seit bald neunzig Jahren existiert, verschlossen hielten. Denn fast alles, was Besteiro im marxistischen Teil seiner Arbeit vorträgt, ist alte marxistische Schule. Dabei verliert er sich nicht in Einzelheiten, sagt auch nichts aus über seine Meinung zu den ökonomischen Theorien von Marx. Einer näheren Ausführung würdigt er nur die Grundthesen der Soziallehre: die materialistische Geschichtsauffassung und das Problem des Klassenkampfes. Dabei bemüht er sich, wie vor ihm unzählige Theoretiker in aller Herren Länder, die oberflächliche und böswillige Ausdeutung des Wortes »materialistisch« zu widerlegen durch die ursprünglich marxistische Konzeption: nicht Materialismus im traditionellen philosophischen Sinn als Metaphysik und als solche im strikten Gegensatz zum metaphysischen Idealismus stehend, sondern historischer Materialismus als heuristisches Prinzip, als wissenschaftliche Untersuchungsmethode. Das bleibende Verdienst des historischen Materialismus ist nach Besteiros Ueberzeugung die Herstellung der Synthesis zwischen Wissenschaft und Freiheitsstreben der Massen. Diese Verbindung ist angebahnt worden von Marx und Engels, bedarf aber zu ihrer Realisierung in der ganzen Welt der Mitwirkung vieler Denker und Praktiker. 8½ Jahrzehnte sind verflossen seit der Veröffentlichung des Kommunistischen Manifests, und trotz aller Rückschläge der Vergangenheit und der Gegenwart gehe der Weg der Menschheit in Richtung auf den Sozialismus. Dies beweist nach Meinung Julian Besteiros nicht nur die Tatsache, daß die Arbeiterschaft nach allen noch so schweren Niederlagen (wie z. B. die Kommune in Paris) stets stärker sich entwickelte; dies erweise vor allem die Erfahrung, daß alle politischen und theoretischen Gegner des wissenschaftlichen Sozialismus ganz gegen ihren eigenen Willen von dessen Ideenkreis befruchtet worden sind. Diese Befruchtung geht soweit, daß der größte Feind der sozialistischen Arbeiterschaft

Freies Danzig?



Was kommt denn da? — Alte Bekannte, die wir bezahlen müssen!

in der Gegenwart, der Faschismus, in Deutschland keinen besseren Namen fand, um auf die Massen zu wirken, als Nationalsozialismus.

Besteiro geht dann über zu einer Auseinandersetzung mit den bedeutendsten philosophischen und politischen Strömungen der letzten Jahrzehnte. Die vornehmlich an deutschen Universitäten entwickelte Wert-Philosophie stellt eine der bedeutendsten Formen der spekulativen Philosophie des 19. Jahrhunderts, der Reaktion gegen das Zeitalter der Aufklärung dar. Sie verachtet die intellektuellen Kräfte und will sie selbst im eigenen Gebiet der Philosophie ersetzen durch die unbewußten, biologischen Kräfte der menschlichen Seele. Sie propagiert die Suprematie der praktischen Philosophie über die theoretische und erhebt Leidenschaft und blindes Walten der Gefühle zu Prinzipien und Normen des Handelns. Auf dem Gebiet der Historie und der sozialen Wissenschaften mündet die Wertphilosophie in den Historizismus, den Gipfel des Konservatismus, der alles Bestehende eben darum sanktioniert, weil es besteht.

Der Behaviourismus, in Nordamerika entstanden, vom Gebiet der Philosophie auf die sozialen und ökonomischen Theorien übergreifend, nennt sich selbst Neu-Materialismus. Er berührt sich mit dem Marxismus in der Abwendung von jeder Metaphysik, in der Ablehnung ewiger ökonomischer Gesetze und in der Erkenntnis, daß die sozialen Organisationen Reflexe der jeweiligen ökonomischen Faktoren sind. Er kritisiert aufs schärfste den hemmungslosen wirtschaftlichen Individualismus und verurteilt die Heuchelei der Puritaner, die den Namen Christi auf den Lippen tragen, wenn es sich um die Petroleuminteressen der Großmagnaten handelt. Aber trotz dieser mannigfachen Berührungspunkte mit dem wissenschaftlichen Sozialismus bleiben die Behaviouristen und die von ihnen beeinflussten Politiker, Oekonomen und Schriftsteller mit ihren Reformen innerhalb der kapitalistischen Welt, sie wollen wohl die Auswüchse des Liberalismus beseitigen durch eine »funktionelle Ordnung«, aber von der Sozialisierung der Produktionsmittel wollen sie nichts wissen.

Eine ähnlich zwiespältige Haltung gegenüber dem Marxismus charakterisiert den Faschismus. Besteiro meint, daß es sehr schwer ist, sich mit den faschistischen Theorien auseinanderzusetzen, weil hier jede umfassende Grundkonzeption fehlt, weil ihre Literatur lediglich mosaikartig ist. Einzelne Steinchen dieses Mosaiks sind aus dem Ideenschatz des Sozialismus genommen, so die Kritik am »Bourgeois« und die Kritik am ungezügelter freien Wettbewerb in der Wirtschaft, ebenso die Anerkennung einer kommunistischen Urgesellschaft. Die Kritik am Bürger aber hat nichts gemein mit den ökonomischen Erkenntnissen der Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Wirt-

„Schwarzseher werden nicht geduldet...“

Der Fall Richard Behrens

Dieser Tage teilte die Baseler »Nationalzeitung«, deren bisher streng »legale« Berichterstattung über die Wirklichkeit im Dritten Reich wichtigste Quelle des bürgerlichen Informationsdienstes und der bürgerlichen Geschichtsschreibung über Hitlerdeutschland war, folgendes mit:

»Unser Berliner Mitarbeiter Richard Behrens hat die Prüfung, der er sich in den letzten Wochen hatte unterziehen müssen, nicht bestanden. Die Mitte April gegen ihn ausgesprochene und dann provisorisch aufgehobene Ausweisung wurde erneut und diesmal definitiv verfügt.«

Von Wilhelm dem Zweiten stammt das klassische Wort, daß »Schwarzseher nicht geduldet werden«. Der Ruhm, es praktiziert zu haben, gehört aber ganz ohne Zweifel mehr der schlechten cäsarischen Kopie Hitler, als dem Cäsar selbst. Insofern wäre der Fall Behrens, der nicht der erste ist und sicherlich auch nicht den letzten in der historischen Serie darstellt, kaum besonders nennenswert. Er wird wichtig durch die besonderen Umstände, die sich mit jenem Journalistenschicksal im Dritten Reich verknüpfen.

War denn der bürgerliche Journalist Behrens wirklich ein so fanatischer Feind des »neuen Deutschlands«, daß ihm, vielleicht vom Standpunkt eines jeden autokratischen Regimes, das mit Gesinnungen eben Krieg führt, nur rechtens geschah? Es stammen aus seiner Feder ungezählte kritische Beiträge über die Wirklichkeit im Dritten Reich, politische, kulturpolitische, wirtschaftspoliti-

sche. Nur wenige aber gibt es darunter, in denen der Autor nicht wenigstens eine, oft ein wenig krampfige Verbeugung vor dem »Neuen« macht, das diesen oder jenen Fehler des Weimarer Systems glücklich, ja sogar triumphal angeblich korrigiert habe. Behrens' Bemühungen zu verstehen (und verstehen heißt bei den Deutschen ja wohl auch verzeihen), selbst da, wo es gar nichts zu »verstehen« mehr gab, waren unablässig.

In den Beziehungen Deutschlands zur Umwelt stellt die Ausweisung Richard Behrens sicherlich ein Faktum von besonderer Bedeutung dar. In der Form, wie es die Baseler bürgerliche Zeitung bekannt machte, erfährt man so nebenbei auch etwas von den kurios-demütigen Bedingungen, unter denen die Auslandsjournalisten im Dritten Reich ihrem schweren und nicht ungefährlichen Beruf nachgehen. Was war das für eine »Prüfung«, der sich der Journalist Behrens hat unterziehen müssen und die er, offenbar hochnotpeinlicherweise, nicht bestanden hat?

Aber gerade die Schweizer Presse weiß ja ihr besonderes Liedchen von jener hitlerdeutschen Tyrannei zu singen, die — eben weil es sich um die deutsche Sprache eines freien Landes handelt — auf sie immer ihren besonderen Beschuß richtete und sogar kürzlich den Ministerpräsidenten Göring ermächtigte, mit der gesamten Schweizer bürgerlichen Journalistik nach den Methoden des

Führerrechts abzurechnen, in öffentlicher Versammlung, hart an der Schweizer Grenze... Da war unlängst, wie man damals auch nur so nebenbei, nämlich durch eine Erklärung der Schweizer Zeitungsverlage »in eigener Sache«, erfährt, sogar der Vorschlag des Herrn Göbbels bei den Schweizer Offizinen eingetroffen, doch dem leidigen Kriegszustand dadurch ein für allemal ein Ende zu machen,

daß sich die Schweizer bereit erklärten, eine besondere, ad usum delphini zugestuzte »Deutschland-Ausgabe« auf Kosten der deutschen Regierung herzustellen. Geschähe das, so würde sofort das Verbot für die großen Zeitungen der Schweiz von Deutschland aufgehoben.

Die Ungeheuerlichkeit dieses Vorschlages — drastischster Beweis für jene Verleumdung, die in Hitlerdeutschland höchste Staatsräson ist — spricht für sich selbst, auch wenn die Schweizer Verleger ihn nicht, wie es selbstverständlich geschah, einmütig abgelehnt hätten! Jedoch — zeugt neben der jetzigen Affäre Behrens nicht auch gerade diese Angelegenheit korruptiver Korrekturversuche an der Weltgeschichte von den besonderen Sorgen, die das Dritte Reich hinsichtlich der Einschätzung seiner eigenen Lebensdauer hat? Nur der Schwache verträgt keine Kritik. Das ist beinahe eine Binsenweisheit. Nur, daß das Hitlerregime diese ihre triviale Gültigkeit geradezu handgreiflich beweist!

schaft, wie sie Marx darstellt. Es ist eine rein politische Kritik, eine vom Haß des »heroischen« Menschen diktierte Verachtung des Philisters, der einer inferioren Rasse angehört und von der heroischen Rasse, die allein regieren darf, ewig bevormundet werden muß. Andererseits ist die kommunistische Urgesellschaft nicht ein ökonomisches Gebilde, das von späteren höher entwickelten Wirtschaftssystemen abgelöst wurde, sondern ein Staat, der durch Eroberung von außen, durch Eindringen einer kriegerischen Rasse zerstört wurde. So sehr aber auch der Nationalsozialismus den Bürger als Vertreter einer inferioren Rasse verachtet und wenn er ihn auch für immer aus der Regierung ausschalten will, im ökonomischen Feld tritt er als Schirm und Schild der Bourgeoisie auf, als Wahrer des Privateigentums. So kommt es, daß das liberale Bürgertum, trotz aller Furcht und allen Abscheus, die es vor der gewaltsamen Diktatur des Faschismus empfindet, sich doch an ihn anklammert, da es ihn als letztes Bollwerk gegen den Sozialismus erkennt.

Aber nicht nur in diesem, wenn auch wesentlichen Punkt offenbart sich der scharfe Gegensatz des Nationalsozialis-

mus zum Marxismus. Die gesamte theoretische Konzeption und politische Äußerung ist dem wissenschaftlichen Sozialismus diametral entgegengesetzt. Marx hatte versucht, eine »Synthese« zu schaffen zwischen der Wissenschaft und dem Freiheitsdrang der Massen, die Urgefühle von Haß und Neid im unterdrückten hungernden Proletariat zu zügeln durch Aufklärung über die Gesetzmäßigkeit im sozialen Leben und durch Erziehung zum Kollektivbewußtsein, wodurch er wesentlich zur Vermenschlichung des politischen Kampfes beigetragen hatte. Demgegenüber stellt der Faschismus aller Länder das Aufbegehren der Leidenschaft dar, der primitivsten Gefühle gegen die Vernunft, gegen die wissenschaftliche Durchdringung der Welt und des Lebens. Seine Kraft beruht in dem Appell an das Unterbewußtsein des Menschen, an die dumpfe Gefühlswelt der sich einem Helden bedenkenlos unterwerfenden Masse. Nach Besteiro ist es leicht verständlich, daß die durch die Aussichtslosigkeit der Nachkriegskrise verzweifelten, durch jahrelange Arbeitslosigkeit zermürbten

deutschen Arbeitermassen sich den gegen das Bestehende aufbegehrenden faschistischen Legionären und den romantischen Idealen der Führerschaft auf die Dauer nicht verschließen konnten. Trotzdem empfindet er es als einen der härtesten Schicksalsschläge, der das demokratische und sozialistische Europa getroffen hat, daß Deutschland, das Land der Dichter und Denker, dieser neuen Form des Romantizismus zum Opfer fiel.

Trotz alledem, Besteiro ist nicht nur ein Doktrinär, sondern auch ein Ueberzeugter, wie ihn der Präsident der Republik charakterisiert. Und diese Ueberzeugung, dieser unerschütterliche Glaube an die walhistorische Aufgabe des Sozialismus läßt ihn immer wieder zu dem Schluß kommen: So feindlich sich auch Theorie und Praxis von heute dem Marxismus entgegenstellen mögen, so lebensgefährlich auch die Kämpfe zwischen Demokratie und Gewalt, zwischen Kapitalismus und Arbeiterschaft sein mögen, sie beweisen nur, daß auch die größten Feinde sich dem Ideenkreis nicht entziehen können, weil die Menschheit, wenn auch langsam und mit vielen Rückschlägen, auf dem Wege zum Sozialismus marschiert. Elena.

Palmström redivivus

Palmström grübelt seit langem schon: Wie schafft man in Deutschland Diskussion?

Es gehören bekanntlich zu deren Wesen Entsprechende Thesen und Antithesen.

Hat er die Behauptung nun so formuliert, Daß sie die Aufsichtsinstanzen passiert,

Gerät er damit schon auf den toten Punkt, weil die Gegenbehauptung verboten.

Thesen sind reichlich bei der Hand: Vaterland, Unverstand, Reichstagsbrand....

Doch ist die Antithese belangreich, Muß Palmström, sie auszusprechen, nach Frankreich.

Von dort darf sie nicht nach Deutschland zurück;

Die These bleibt ohne Gegenstück.

So wenig wie die Bim mit dem Bam, Kommen These und Antithese zusamm'.

Palmström muß sich ergo bequemen, Von Diskussionen Abstand zu nehmen,

Und findet — hiermit schließt die Parabel — Die deutschen Zustände — indiskutabel!

Christian Abendstern.

An meinen Nachfolger!

Von F. E. Roth.

Nach zwei Erlebnisreichen Jahren habe ich Dich endlich kennengelernt, mein sehr geschätzter Nachfolger. Ich erhielt Dein wertvolles Konterfei, eingefügt in den Text eines Zeitungsausschnittes aus dem »Westdeutschen

Beobachtere. Der Auschnitt bestand aus einem Artikel: »Bruno Köster: Aktivierung der Kommunalpolitik.« Damit aber auch der Bürger des Dritten Reiches weiß, wie der Mann eigentlich aussieht, der ihm seine Kommunalpolitik zu aktivieren verspricht, hast Du Dich gleich in effigie dem Artikel — heiliges Versprechen und eiserner Schwur! — beigefügt. Unter Journalisten war das bisher nicht üblich.

Immer hat es mich in schlaflosen Nächten gequält, seitdem der »Westdeutsche Beobachtere« die »Rheinische Zeitung« so wehrhaft eroberte: Wer mag wohl jetzt auf meinem Stühlen sitzen? Welche härtebeißige Standardführer-Stimme wird wohl jetzt von meinem Schreibtisch aus den Metteur andonnern: »Verdammt nochmal, Du Setzerschwein, wo bleibt die Korrektur vom Stadtratsbericht!« Wer wird als Haus- und Stubengeist in der Bilderecke fungieren, wenn es schon nicht mehr Karl Marxens flammende Stirn ist? Hebt nicht etwa dort jetzt Fridericus den historischen Krickstock von Leuthen oder schwingt gar der Marschall Vorwärts den Pallasch? Als Tintenfaß dient doch jetzt sicher auch ein Granatzünder und Eure Parapluis steckt ihr doch wohl in nichts anderes, denn in eine Fliegerbomben-Attrappe, nicht wahr?

Aber nun sehe ich Dich, Bruno, meinen Nachfolger, lebhaftig im Photo — und ich muß sagen: Wie bitter hast Du mich enttäuscht, Bruno!

Ein sehr, sehr junger, aber besser gekleideter Zivilist starrt ein wenig schwermütig ins Leere... Sollte ihn vielleicht die süße Puppe gestern abend an der Bismarcksküle

versetzt haben? Oder hat ihm der Professor die Algebra-Aufgabe als mangelhaft gelöst zurückgegeben? Ein ganz, ganz weicher Stehkragen — jeder Zoll ein Anti-Göring! — vervollständigt dies sentimental-unkriegerische Bild.

Warum gerade Du, Bruno, die Kommunalpolitik »aktivieren« solltest, das mögen die Götter (Professor Hauers) wissen. Du siehst mir doch mehr nach Heideröschchen denn nach Versorgungsbetrieb aus!

Aber es ist ja wohl gerecht, den Menschen nicht nach Äußerlichkeiten zu beurteilen. Halten wir uns also an das Geschriebene (will sagen: Gedruckte), mit dem Du Dich als mein Nachfolger einführest!

Da behauptest Du gleich im Anfang, in den ersten sechs Zeilen, daß

»die nationalsozialistische Presse im Staat ihrer Aufgabe in jeder Weise gerecht werde...«

Nanu, mein Freund, wenn dem so ist und es von niemand bezweifelt wird, warum muß man dann eine solche Selbstverständlichkeit so provokant und apodiktisch unbewiesen an den Anfang setzen? Angenommen, das Dritte Reich ginge in die Binsen, Du hättest als Journalist Deine ruhmbedeckte Laufbahn beendet und müstest Dich um eine Stelle als Landbriefträger bewerben, würdest Du Deinen Lebenslauf, dargestellt einer hohen Postbehörde, etwa mit der Feststellung beginnen: »Nie in meinem Leben habe ich ein Pferd geklaut?« Warum hast Du eigentlich das vielleicht ganz richtige Gefühl, von vorneherein, wenn Du schon beginnst, einen gewaltigen Säbel-Luftstich gegen eine Menge unsichtbarer Feinde und Widersacher führen zu müssen? Ist es nicht so?

Aber man kann sich ja denken, wer solche Leute sind — Unverschämte, die Dir jetzt schon offensichtlich Dein Gehalt als »Bonze« mißgönnen. Deshalb stellst Du ein für allemal fest:

»Sie (die nationalsozialistische Presse) hat nichts gemein mit jenen Pressesystemen früherer Zeiten, die nur eine (!) Zweckgründung waren und dem Egoismus verschiedener Interessengruppen dienten.«

Bester Bruno, was weißt Du schon von den »Pressesystemen früherer Zeiten?« In jenen früheren Zeiten — also sagen wir nur um das Jahr 1930 herum — saßest Du noch auf einer sauber geschnitzten Oberrealschulbank eines Kölner Vorortes, wobei Du die von Quarta und Obertertia (so wird uns glaubhaft berichtet) sogar in zweijähriger Dienstzeit poliert hast. Damals hast Du Dich sicher viel mehr um einen Kameraden bemüht, von dem Du den Klassenaufsatz mit Erfolg abpinnen konntest, als um die »Pressesysteme«. Wenn Du schon Bogen spucken willst, Bruno, dann, bitte, im Dreivierteltakt!

Was nun das spezielle »Pressesystem« anbetrifft, Bruno, dessen Eigentum Du vorläufig annektiert hast — also die »Rheinische Zeitung«, auf deren Möbeln Du mit streitbarem Popo die Kommunalpolitik jetzt »aktivierst« — so hat sie sicherlich neben den verschiedensten Interessens unter anderem auch dem großen vaterländischen Interesse gedient, mit dafür zu sorgen, daß mit Ach und Krach arrivierte Mull nicht ein ganzes Volk — zu ihrer Zeit wenigstens — terrorisieren konnten!

Weiter schreibst Du: »Als ich im Jahre 1932 vom Lokaltell zur Politik wechselte, da...« da — — hielt natürlich ganz Europa vor Aufregung den Atem an! Da — da — kann

Ein wirtschaftliches Aufbauwerk vernichtet

Ein Auflösungsgesetz für die großen Konsumvereine

Im Reichsgesetzblatt vom 24. Mai 1935 gibt die Reichsregierung ein »Gesetz über Verbrauchergenossenschaften« bekannt, das den Zusammenbruch der nationalsozialistischen Konsumvereinspolitik dokumentarisch macht. Das Gesetz bindet die Errichtung neuer Konsumvereine an die Genehmigung des Reichswirtschaftsministers und ermächtigt den Reichsminister der Finanzen, einen Betrag bis zu 60 Millionen Reichsmark zur Erleichterung der Abwicklung, insbesondere zur Sicherung der Spareinlagen, solchen Verbrauchergenossenschaften zur Verfügung zu stellen, die lebensunfähig sind und mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers bis zum 31. Dezember 1935 ihre Auflösung beschließen. Um die Auflösung im Galopp Tempo durchführen zu können, hebt das neue Gesetz die Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes auf. Die Auflösung bei einem übereinstimmenden Mehrheitsbeschluß des Vorstandes und des Aufsichtsrates, »ferner wenn sie in einer auf Antrag von mehr als einem Zehntel der Genossen oder der Vertreter der Genossen einzuberufenden Generalversammlung von mehr als der Hälfte der erscheinenden Genossen beschlossen wird. Für die Einberufung einer Generalversammlung genügt eine Frist von einer Woche. Die Spar-einrichtungen der Verbrauchergenossenschaften sind bis zum 31. Dezember 1940 aufzulösen. Das Gesetz findet nur auf solche Verbrauchergenossenschaften Anwendung, die dem Reichsbund der Deutschen Verbrauchergenossenschaften (früher GEG) oder dem Revisionsverband der Deutschen Verbrauchergenossenschaften angeschlossen sind,« also nur auf die Konsumvereine der Arbeiter und Angestellten, nicht auf Beamten- und andere Verbrauchergenossenschaften.

Die ganze Tragweite dieses Gesetzes wird erst klar durch einen Kommentar des dem Reichswirtschaftsminister nahestehenden »Deutschen Volkswirt«. Danach ist es erlassen worden, um die Auflösung der großen Konsumvereine durchzuführen. Sie sind es, die als lebensunfähig im Sinne des Gesetzes angesehen werden und die darum verschwinden sollen.

Diese rund 80 der Auflösung verfallenden großen Konsumvereine stellen etwa 50 Prozent des gesamten Umsatzes aller deutschen Konsumvereine und 60 Prozent der Bilanzsumme. Angeblich sind sie lebensunfähig geworden, weil sie früher bei der Ausstattung einzelner Verkaufsstellen das ursprüngliche Ausmaß überschritten hätten.

Es ist richtig, daß eine große Anzahl von Verbrauchergenossenschaften, und nicht nur die größten, im Verlauf der letzten zwei Jahre in ernste finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Aber nicht aus dem oben angeführten Grunde. Besonders die der GEG angeschlossenen Konsumvereine hatten seit 1925 bis auf wenige Ausnahmen eine außer-

ordentlich günstige Entwicklung genommen, so daß sie noch Anfang 1933 nach mehr als dreijähriger Dauer der schweren Wirtschaftskrise noch völlig gefestigt und im höchsten Maße leistungsfähig waren. Selbst die bis zum März 1933 bis zur äußersten Heftigkeit gesteigerten Angriffe und Verleumdungen der Nationalsozialisten vermochten die solide Grundlage nicht im geringsten zu erschüttern.

Nach dem Machtantritt Hitlers änderte sich das. Zur Enttäuschung der Einzelhändler und Gewerbetreibenden schritt die Hitlerregierung nicht zur sofortigen Auflösung der Konsumvereine, sondern schaltete sie gleich, indem sie überall in die Leitungen nationalsozialistische Bonzen hineindrückte. So wurde der Verwaltungsapparat gewaltig ausgedehnt und in ungeheuerlichem Ausmaß verteuert. Größere Konsumvereine wurden mit einem Schlage mit einigen tausend Mark mehr Personalausgaben für die Verwaltung monatlich belastet, nur, damit das Heer der Futterkrippenjäger befriedigt werden konnte. Aus den Lagern und Verkaufsstellen wurde das eingearbeitete Personal vertrieben und auch dafür Nationalsozialisten eingestellt.

Die meist ohne jede Kenntnisse der Genossenschaftsbewegung und ohne die geringsten Fähigkeiten mit der Leitung der Konsumvereine beauftragten Personen haben in zahlreichen Fällen durch Korruption und liederliche Wirtschaft die vorher soliden Unternehmen aufs empfindlichste geschädigt. Es sind allein Dutzende Fälle von Unterschlagungen bekannt geworden, von denen allerdings nur ein kleiner Teil von den Gerichten abgeurteilt worden ist.

Gegen den Raub und gegen die planmäßige Zugrundewirtschaftung der mit ihren Groschen und durch ihre Treue aufgebauten Genossenschaften setzte sich gerade in den größeren Orten und in den Großstädten die Genossenschaftler mit dem einzig möglichen Mittel zur Wehr: da der Austritt mit Terrormaßnahmen bedroht wurde, gingen sie zum Kaufstreik über und hoben ihre Spareinlagen ab. Daraus erklärt sich die 1933 und 1934 erheblich fortgeschrittene Umsatzschrumpfung der Genossenschaften, obwohl die Reichsregierung behauptet, daß in den gleichen Jahren das Volkseinkommen und die Konsumfähigkeit breiter Bevölkerungsschichten gegen früher gestiegen sei.

Der Umsatz der Genossenschaften, der 1930 noch eineinhalb Milliarden RM betrug, war 1933 auf 721 Millionen RM gesunken, und dürfte 1934 etwa 675 Millionen RM betragen. Diesen Kaufstreik der Arbeiter gegen die ihnen geraubten genossenschaftlichen Unternehmungen vermochten die Nationalsozialisten nicht zu brechen. Die jetzt angeordnete überstürzte Auflösung ist das Eingeständnis der Niederlage der nationalsozialistischen Konsumvereinspolitik. Sie gewinnt besondere Bedeutung, wenn

man sie im Zusammenhang mit den kriegswirtschaftlichen Vorbereitungs- und Organisationsmaßnahmen betrachtet, und sich erinnert, welch wichtiger Faktor während des Krieges die Genossenschaften in der Ernährungsversorgung waren.

Ihrem volksfeindlichen Charakter bleibt sich die Hitlerregierung in diesem neuesten Gesetz treu, denn für hunderttausende Genossenschaftsmitglieder bringt es unzweifelhaft schwere Verluste. Die nationalsozialistische Korruptionswirtschaft und ihre Folgen und durch die jetzt erzwungene Auflösung verlieren die Genossenschaftler ihren eingezahlten Anteil, der zwischen 30 und 60 RM im Durchschnitt beträgt. Auch die noch nicht behobenen Spareinlagen, die noch eine Höhe von etwa 250 Millionen RM erreichen, dürften, obwohl die Rückzahlungsfrist bis zum 31. Dezember 1940 ausgedehnt wurde, zum größten Teil verloren sein. Die 60 Millionen RM, die die schuldige Reichsregierung zur Sicherung der Spareinlagen zur Verfügung stellt, sind nur eine geringe, völlig ungenügende Entschädigung. Dabei mußte es

durchaus nicht zu dieser schweren Schädigung der Genossenschaftler, die durchweg Arbeitslose, Arbeiter und Angestellte sind, kommen, denn das Vermögen der großen Konsumvereine stellt einen Wert dar, der die Verpflichtungen um das Mehrfache überschreitet.

Dieses Vermögen wird jetzt verschleudert werden; nationalsozialistische Hyänen liegen schon auf der Lauer, um es zu verschlucken. Sie wissen, daß der § 6 des Gesetzes sie nicht trifft, der da lautet: »Wer unter Ausnutzung der Vorschriften dieses Gesetzes einen Vorteil erschleicht, um sich oder einen anderen zu bereichern, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft. Der Versuch ist strafbar.« Dieser Paragraph ist nur zur Abdeckung nach außen in das Gesetz aufgenommen worden.

Der Zusammenbruch der nationalsozialistischen Konsumvereinspolitik erfolgt so, wie es vorauszusehen war: Die Verpflichtungen und die entstehenden finanziellen Schäden haben die bestohlenen und betrogenen Arbeiter und Angestellten zu tragen, deren unvergleichliches wirtschaftliches Aufbauwerk vernichtet wird. Für die nationalsozialistischen Bankrotteure wird die Auflösung der großen Konsumvereine zu einem ertragreichen Fischzug.

»Deutschland als Vorbild«

So lautet die Überschrift eines Aufsatzes, der gegenwärtig durch verschiedene Zeitschriften der Hitlerjugend die Runde macht und dem Jugendherbergswerk gilt. Man liest und staunt — staunt über die Unverfrorenheit, mit der hier die Verdienste der Republik, die Verdienste nicht zuletzt der sozialistischen Arbeiterbewegung dem Dritten Reich aus Ordensband gehängt werden. Nun ist das zwar nichts Neues, aber der Aufsatz hat eines vor ähnlichen seiner Art voraus: er enthält keine gefälschten Zahlen, sondern berichtet ganz munter und unbeschwert:

Im Jahre 1911 waren es 17 Jugendherbergen mit 3000 Uebernachtungen; 1914: 200 mit 17.000; 1919: 200 mit 60.000; 1922: 1400 mit 1.100.000; 1928: 2177 mit 3.800.000; 1933: 2000 mit 4.600.000; 1934: 2000 mit 6.000.000 Uebernachtungen.

Hier bricht die Statistik ab, aber wenn die Zahl der Herbergen seit 1934 gestiegen wäre, so würde diese Tatsache dem Leser bestimmt nicht verheimlicht werden. Es ist also klar ersichtlich, daß mit dem Abtreten der »Novemberverschöner« auch der Bau von Jugendherbergen, der bis dahin mit allen Mitteln gefördert worden war, völlig aufhörte. Dagegen stieg die Zahl der Uebernachtungen, es ergab sich also — wie uns bereits von verschiedenen Seiten bestätigt wurde — eine oft unerträgliche Ueberfüllung der Quartiere, die als Erholungsstätten und nicht als Kasernen gebaut wurden. Daß dieses Ansteigen der Belegungsziffern nicht auf erhöhte Wanderlust zurückzuführen ist, son-

dern auf die Inanspruchnahme durch zahllose Jugendtrupps, die nach militärischen Tages- und Nachtübungen todmüde einkehrten, braucht wohl kaum betont zu werden.

Nachdem die Zahlen eine eindeutige Sprache gesprochen haben, ergreift der Verfasser des Aufsatzes wieder das Wort, lobt die Hitlerjugend, die »mit der ihr innewohnenden frischen Kraft an den Ausbau des Werkes ging« (das eben in keiner Weise ausgebaut wurde) und schließt mit den Worten:

»Voll Stolz sehen wir, wie nach deutschem Vorbild bereits 18 Staaten Europas ebenfalls Jugendherbergen mit gleicher »Hausordnung« errichteten. Voll Bewunderung schaut die ganze Welt bereits auf die deutschen Jugendherbergen.«

Wem freilich diese Bewunderung gilt, ob den »marxistisch versuchten« Schöpfern des Jugendherbergswerkes oder den Räubern, die sich das Vorgefundene aneigneten, nichts Neues hinzutaten und den Geist der Bewegung verfälschten, das läßt der Schreiber dahingestellt. Aber mancher junge Leser, der die Zeiten gesunder, kameradschaftlicher Wanderfreude bewußt miterlebte, wird sich wohl seinen eigenen Vers zur mißtönenden Melodie machen.

Karl May triumphiert über Thomas Mann:

Die Nazi-Presse über Thomas Mann: »Thomas Mann ist ein Bluffer, der heute niemanden mehr blüfft. Seine Sätze sind Bandwürmer, seine geistige Haltung ist dekadent-liberalistisch und die Verleihung des Nobelpreises an ihn ein Rätsel! ... Sowas liest heute keiner mehr, der weiß, was die Stunde geschlagen hat ...«

man nur sagen: »Welch eine Wendung durch Gottes Flügeln!« Dieser Nachsatz mit dem fulminanten »da« müßte folgerichtig etwa folgendermaßen lauten: »da« war das genau hundert Jahre nach dem Tode von Johann Wolfgang von Goethe.

Doch beenden wir das Zwiegespräch! Nur noch eines, Bruno!

In dem Schreibtisch, an dem Du jetzt kraft kleptomantischen Rechtes sitztest, muß in der hintersten Schublade noch ein altes rostiges englisches Seitengewehr lagern. Es sei Dir hiermit mitgeteilt, obwohl die Gefahr offenkundig ist, daß nächste Woche schon es daraufhin in Schlagzeilen des »Westdeutschen Beobachters« brüllt: »SA entdeckt riesige alte Waffenlager der Kölner Sozialdemokratie!!!« Ich aber flüstere Dir hiermit ins Ohr: Ich habe es damals mir aufgehoben und später mitgebracht, als wir — damals junge Deutsche Deines Alters — vor heute genau zwanzig Jahren vor den rauchenden Ruinen von Ypern lagen und an wesentlich anderem zu denken hatten, als an das Hinüberwecheln »vom lokalen zum politischen Teile... Wir alle ohne Unterschied unserer Partei und Konfession waren damals der Meinung, daß die Weltgeschichte immer noch von Männern und nicht von Jüngelchen gemacht wird und — wir gaben uns Mühe, dieweil uns der Tod selbst kommandierte, es zu sein. Entschuldige also, wenn ich Dir zu bedenken gebe, eben im Hinblick auf Dein künftiges Geschick und auch Dein Verbleiben an einem Schreibtisch, der Dir nicht gehört, daß sich jener Satz von den Männern, die allein Geschichte machen dürfen, auch für das bewahren wird, was Du und andere das »Dritte Reich« nennen.

Der Haß der Diktatur

Neue Verbotsmethoden gegen Buchverlage.

Die deutsche Regierung bekämpft die deutsche Literatur, die außerhalb der Reichsgrenzen erscheint. Mit besonderem Haß verfolgt sie dabei die Verlagsanstalt »Graphia« in Karlsbad. Dieser Haß hat das folgende neue Verbot erlassen, das im Reichsanzeiger vom 27. Mai 1935 Nr. 122 veröffentlicht ist:

»Amtliche Bekanntmachung

Ich habe auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar die Verbreitung der nachstehend genannten ausländischen Druckschriften im Inland bis auf weiteres verboten:

1. »Verse der Emigration« (Prag, Tschechoslowakei).
2. »Deutsche Flüsterwitze«.
3. »Die Gewerkschaften in der Demokratie und in der Diktatur«.
4. »Geschichte der Deutschen Republik«, sowie
5. alle noch künftig erscheinenden Druckschriften des Graphia-Verlages in Prag.

Berlin, den 23. Mai 1935.

Der Reichs- und preussische Minister des Innern
I. A. Daluge.

Das Verfahren ist summarisch: Was immer auch die Verlagsanstalt Graphia veröffentlicht wird, ist heute schon in Deutschland verboten, gleichviel ob es sich um Kampfschriften oder um die Gedichte Goethes handeln sollte. Es ist eine völlig neue Zensur-Methode, Bücher zu verbieten, ohne Ansehung ihres Inhaltes und ihres Charakters, nur weil sie in einem bestimmten Verlag erscheinen.

Mit dieser Methode will man offensichtlich hitlertreue Verlage begünstigen und Einfluß auf die Tendenzen der deutschen Verlage außerhalb der Reichsgrenze erzwingen, die für den Absatz ihrer Produktion den deutschen Markt suchen. Dieser ungeheuerliche Eingriff des Dritten Reiches in die Verlagsfreiheit der deutschen Nachbarstaaten, verdient stärkste Beachtung.

Das mitgeteilte Verbot des deutschen Innenministeriums ist zudem mit einer Lächerlichkeit gearbeitet, die eine Verwahrlosung des Rechts und der Verwaltungsarbeit unter dem jetzigen System offenbart. Keiner der Autoren der verbotenen Bücher ist angegeben. Das mag bei dem Buch von Professor Arthur Rosenberg »Geschichte der Deutschen Republik« Absicht sein, weil man das Ansehen dieses Historikers fürchtet, und seine frühere Lesergemeinde in Deutschland auf das neue Geschichtswerk nicht aufmerksam machen will. Daß aber die Verlagsanstalt Graphia nach Prag verlegt wird, während sie ihren Sitz in Karlsbad hat, ist eine der Schlampe-reien, wie sie heute in Berlin offenbar üblich sind. So hat am 16. Mai 1935 der Reichs- und preussische Minister des Innern, ebenfalls gezeichnet Daluge, im Reichsanzeiger »die Druckschrift »Slovenec« (Laibach, Tschechoslowakei)« amtlich verboten. Die Herren, die sich als die Schirmherren des Auslandsdeutschturns aufspielen, haben nicht einmal gewußt, daß die Stadt Laibach nicht in der Tschechoslowakei liegt! Am 20. Mai mußte Herr Daluge dann wieder den Reichsanzeiger bemühen, um in einer neuen amtlichen Bekanntmachung mitzuteilen, daß Laibach in Jugoslawien liegt!

Schwejks Prophetie

Verrückte machen auch die verrücktesten Prophezeiungen wahr. Der brave Soldat Schwejk hat Deutschlands heutige Außenpolitik schon vor zwanzig Jahren geweissagt. Er prophezeite Krieg zwischen Oesterreich und Deutschland, welches auf Seiten der Türken sei, während Rußland und Serbien den Oesterreichern helfen würden. Dann blödelte er in seiner Schilderung weiter:

»Kann sein, daß uns im Falle des Krieges mit den Türken die Deutschen in den Rücken fallen werden, weil die Deutschen und die Türken zusammen halten. Wir können uns aber mit Frankreich verbünden, das seit dem Jahr 71 auf Deutschland schlecht zu sprechen ist ...«

Als Hascheks Buch erschien, hat alle Welt über Schwejks politischen Schwatz gelacht. Heute ist es soweit: Deutschland gegen Oesterreichs Selbständigkeit, während Serbien, Rußland und Frankreich zu den Verteidigern der österreichischen Selbständigkeit gehören. Fehlen nur noch die Türken, aber das Dritte Reich fischt ja nach Verbündeten von Sofia bis Ankara. Wenn es sogar die Phantasien des verrückten antisemitischen Dreschgrafen Pückler übertroffen hat, warum soll es nicht Schwejks Gebödel wahr machen?!

Der braune Mustermensch

In einer süddeutschen Naziwochenschrift liest man:

»Was wir brauchen sind Muskeln aus Stahl und Nerven wie Tau. Alle anderen Partien kommen erst in sehr weitem Abstand ...« Gehirn überflüssig.

Stimme Arbeitskämpfe

Das Ergebnis der Vertrauensratswahlen hat im Regime eine wachsende Nervosität erzeugt. Brutale Verfolgungen und Massenverhaftungen der sozialistischen Vertrauensleute zeigen, daß die wilde Menschenjagd nicht nur laute Meckerer zu erreichen sucht, sondern daß die blutigen Häscherhände nach den stillen Kämpfern greifen, die ihr sozialistisches Bekenntnis schweigend durch die Arbeiterquartiere und Werkstätten tragen. Die bei den Vertrauensratswahlen mangelnde nationalsozialistische Gesinnung in der Arbeiterschaft soll durch politische Schulungsmaßnahmen erzwungen werden. Den ungeduldrigen Belegschaften wird zum 1. Mai 1936 der »gerechte Lohn«, wie ihn Robert Ley versteht, versprochen. Inzwischen sollten sie im Wartesaal der Deutschen Arbeitsfront Platz nehmen. Zur Unterhaltung und Ablenkung vom Lohnelend wird wöchentlich neue Emporleseliteratur verabreicht.

Der »Grundstein« leitartikel zum 5. Juni über »Weiße Flecken auf unserem Ehrenbrett« und stellt fest, daß es nicht nur auf den Landkarten unserer Atlanten unbekanntes Land geben soll, sondern daß auch die deutsche Volksgemeinschaft solch weiße Flecken aufzuweisen hat. Das unerforschte Gebiet in der deutschen Betriebsgemeinschaft sei die Seele des deutschen Betriebsführers und doch glaubt der Grundstein fanatisch an die Einheitsfront zwischen Kapital und Arbeit.

»Wer erinnert sich nicht daran, welchen Ruhmeskranz wir dem wahren Betriebsführer flochten. Wer weiß nicht, daß wir mit der Einrichtung unseres Ehrenbrettes allen Betriebsführern die Gelegenheit gaben, in aller Öffentlichkeit als vorbildlich aufgestellt zu werden.«

»Die weißen Flecken müssen verschwinden.«

Bis zur restlosen Beseitigung der weißen Flecken empfiehlt der »Angriff« den entrechteten Arbeitern bei den Rechtsberatungsstellen der Arbeitsfront Unterstützung zu suchen. »Wenn Dir Unrecht geschieht, hilft Dir die DAF.«

Um die Arbeitsfront aus ihrer Stagnation herauszubringen, ist neuerdings der Leiter der Berliner NSBO Pg. Engel zum Inspektor der DAF in deren Zentrale berufen worden. Er erklärte den unzufriedenen Berliner Arbeitern Mitte Mai im Sportpalast, daß trotz der Belebung der Wirtschaft die Lohnsenkung erneut auf die Tagesordnung gesetzt sei. Die Arbeiter sollten von den materiellen Fragen zu den Gesamtaufgaben des Volkes geleitet werden. Dem gemeinsamen Schicksal sollte sich keiner entziehen.

In einer Dankeskundgebung Göbbels an die Arbeitsfront wird gleichfalls an die Arbeiter appelliert, die Ideen des Staates in der Seele des Volkes zu verwurzeln. Aber es hilft nichts. Es wollen weder die weißen Flecken im Unternehmerlager verschwinden, noch vermögen die Arbeiter den Lohndruck als Zeichen zur Sicherung ihres Daseins anzuerkennen.

Wenn Göbbels erklärt: »Im nationalsozialistischen Staat herrscht nicht eine Klasse über die andere, in ihm gibt es kein Vorrecht,« so sehen die Belegschaften Riesengewinne für die Unternehmer und die Statistik der Sozialversicherung zeigt ihnen trotz aller Verschleierversuche, daß die Löhne und Gehälter katastrophal absinken. Von 1929 bis 1934 ist die Zahl der Arbeiter die über 36 RM Wochenlohn beziehen, von 37,8 auf 19,6% gefallen. Die Zahl derjenigen, die unter einem Wochenlohn von 24 RM arbeiten müssen, aber ist von 45,3 auf 58,2 Prozent gestiegen. Mehr als ein Viertel der Lohnarbeiter verdient nur bis zu 12 RM wöchentlich. Für das graphische Gewerbe, in dem die Lage besonders schlimm liegt, ist jetzt durch Gesetz eine Lohnstatistik veranlaßt worden. Um überhaupt Angaben zu erhalten, versichert das Statistische Reichsamt:

»Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die auf dem Fragebogen gemachten Angaben ausschließlich zu statistischen Zwecken verwendet werden und die durch die Erhebung gewonnenen Kenntnisse der Verhältnisse der einzelnen Betriebe als Amtsgeheimnis gewertet werden.«

Wenn die Arbeiterschaft gegenüber dieser furchtbaren Verelendung vermeldet, Unbesonnenheiten zu begehen, so mehrten sich doch die Anzeichen ihrer Bereitschaft besonnene Kraft vom Betriebe aus zu entfalten. Sie wissen sich ohne Gewerkschaft zu behelfen, aber sie handeln aus gewerkschaftlichem Geist heraus. Die Schicksalsgemeinschaft im Betriebe lebt trotz Terror, täglichem Mord und Totschlag,

Der Widerstand wächst

Die erwachende Aktivität der Arbeiterklasse hat ihren Anfang im solidarischen Vorgehen gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Betrieb. Wir haben erst in der letzten Ausgabe des Neuen Vorwärts von einem dreitägigen Lohnstreik in der bayrischen Glasproduktion berichten können.

Seitdem liegen neue Nachrichten über betriebliche Aktionen vor, die teils mit Gewalt erstickt, teils mit Erfolg geendet haben. In Dinslaken, Ruhrgebiet, wurden 27 oppositionelle SA-Leute verhaftet. In Walsum und Friedrichswald kam es zu Massenverhaftungen, um die steigende Bewegung gegen den Lohnabbau im Keim zu erstickten.

In der AEG Berlin, Abteilung Brunnenstraße, wurde Anfang Juni eine mehrtägige passive Resistenz als Protest gegen den wöchentlichen Lohnabzug für den Luftabwehrfonds geübt. Vor einigen Monaten hatte sich die gleiche Belegschaft gegen übermäßige Abzüge für die Winterhilfe mit derselben Waffe gewandt.

In den NSU-Werken in Stuttgart, die Motorräder herstellen, kam es um die ersten Junitage zu einem Streik der 3000 Mann zählenden Belegschaft gegen die Einführung des Akkordlohnes und die Verlängerung der Arbeitszeit. Der Arbeitskampf hatte Erfolg.

Bei den Wandererwerken in Chemnitz hat in den letzten Tagen des Mai die gesamte Belegschaft von rund 6000 Mann den Kampf aufgenommen. Wenn der deutsche Rundfunk am 6. Juni ein Dementi bringen zu müssen glaubte, wonach die Meldung eines Streiks nicht zutreffend gewesen sei, so entspricht die Radioberichtigung Göbbelscher Dialektik. Ein Streik im Sinne des Fernbleibens vom Betriebe hat freilich nicht stattgefunden. Eine öffentliche Streikabstim-

mung ist ebenfalls nicht vorgenommen worden. Der Streik ist auch nicht proklamiert worden. Die Streikmethoden von früher sind verboten.

Die Belegschaften bei Wanderer waren vorschriftsmäßig am 20. Mai vollzählig zum Dienst erschienen und sie haben sich auch vorschriftsmäßig zu ihren Arbeitsplätzen begeben. Sie haben auch alle nationalsozialistischen Bestimmungen der Unorganisiertheit der schaffenden Menschen innegehalten, aber ohne Organisation, ohne Beschluß und ohne Proklamation des Arbeitskampfes wußte jeder Arbeiter wie er im Interesse des deutschen Arbeitsvolkes zu arbeiten habe. Die passive Resistenz veranlaßte den Treuhänder, die geplante 18prozentige Lohnsenkung zu verhindern. Der Arbeitskampf hatte Verhaftungen zur Folge, aber die Erkenntnis der Belegschaft bleibt: Auch die Hitler-Diktatur kann nicht alle Arbeiter verhaften, ohne die Räder der Wirtschaft zum Stehen zu bringen.

In einer Filiale der Reemtsma-Zigarettenfabriken hatte eine ähnliche Aktion von 200 Arbeiterinnen mit deren fristloser Entlassung geendet.

Diese Vorgänge, die hier nicht erschöpfend berichtet sind, sind als Zeichen des erwachenden Selbstbewußtseins einer bis aufs äußerste geknechteten Arbeiterklasse zu werten. Die Gewaltherrschaft Adolf Hitlers mag auf vielen Gebieten sieghaft sein, der Betrieb läßt sich mit Gewalt nicht erobern. Die Arbeiter durch die Schulungsaktion der Arbeitsfront zu gewinnen, glaubt wohl Robert Ley selbst nicht mehr. Daß aber schließlich die Belegschaften auch nicht gewillt sind, auf die nächste Mai-Botschaft vom gerechten Lohn bis 1936 zu warten, dafür legen diese Berichte bereites Zeugnis ab. Die Widerstandskräfte wollen reifen und sie werden reifen.

Schacht befiehlt freie Konkurrenz

Hitler hat den Leipziger Oberbürgermeister Dr. Gördele zum Preisdiktator ausserwählt, nicht trotzdem, sondern gerade weil er sich in dieser Eigenschaft bereits unter Brüning »bewährt« hatte. Er verstand es vortrefflich, den Symptomen anstatt den Ursachen der Teuerung zu Leibe zu gehen, und die Verkaufspreise nicht den Kartellen, die daran verdienen, vorzuschreiben, sondern den Einzelhändlern, die sie bezahlen müssen. Nicht durch seine Taten, sondern durch seine Reden ist die Unternehmerschaft zunächst von der Furcht befallen worden, er würde sich als Kartellfeind betätigen. Am 16. November vorigen Jahres wies »Der deutsche Volkswirt« hin auf »die vielverbreitete Befürchtung, es werde nunmehr den Kartellen, Syndikaten und kartellähnlichen Verbänden das Lebenslicht ausgeblasen«. Diese Befürchtung hatte sich sehr bald als unbegründet erwiesen. Seit der Wirtschaftsdiktatur des Herrn Schmitt ist von der Ermächtigung des Reichswirtschaftsministers zur Errichtung von Zwangskartellen nie so reichlich Gebrauch gemacht worden wie zur Zeit von Gördele's Diktatur über die Preise. Er machte den Polizeiknüppel anstatt gegen Ueberteuerung gegen Preisunterbietung mobil. Er benutzte die starren Vorschriften der Faserstoffverordnung, um den Unternehmern nächst der Höhe der Preise auch die Größe der Gewinnspanne vorzuschreiben. Aber er mußte sich dazu bequemen zwar Abweichungen nach unten zu verbieten, aber Abweichungen nach oben zuzulassen, weil bei Schachts Methode der Rohstoffbeschaffung nicht der Preis der Ware, sondern die Bereitschaft des ausländischen Lieferanten maßgebend ist, sie ohne Barzahlung zu liefern. Gördele's Scheinkampf gegen die Teuerung hat also die Teuerung nicht verhindert, sondern sie erst in ein System gebracht.

Die privaten Kartellbindungen wurden immer überflüssiger, weil sie durch staatliches Dekret und durch staatliche Gewalt ersetzt wurden. Auf diese Weise wird die Beseitigung des Außenseitertums und damit der Konkurrenzkampf überhaupt weit radikaler als durch private Vereinbarungen unterbunden. Gördele's Art des Kampfes gegen die Kartelle löst die Starrheit der Preisbindungen nicht, sondern befestigt sie.

Welchen Zweck verfolgt das Hitlerregime mit dieser Art staatlichen Preisschutzes? Er sichert den stramm rationalisierten Industriegiganten Uebergewinne, schützt aber gleichzeitig auch die leistungsschwächeren, mittle-

ren und kleineren Unternehmer davor, von jenen niederkonkurriert zu werden. So wird die volle Ausnutzung der Rationalisierung verhindert, und damit eine Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften ermöglicht, die in Wirklichkeit getarnte Arbeitslosigkeit ist und mit dem Sinken von Massenverbrauch und Export erkaufte wird. Diese Medaille hat aber eine Kehrseite. Um die sogenannte Staatskonjunktur aufrechtzuerhalten, braucht man Einfuhr von Rohstoffen und dazu, weil Bargeld fehlt, Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr. Daher Schachts Plan, den Export dadurch zu fördern, daß man seine Kosten von den Unternehmern selbst aufbringen läßt. Er ist bis jetzt ein Plan geblieben, weil man sich darüber nicht verständigen kann, wer den Exporttribut bezahlen und wer ihn empfangen soll. Offenbar will Herr Schacht die Großkonzerne dadurch für ihre Beteiligung an der Exportförderung schadlos halten, daß er ihnen zugleich die mittleren und kleineren Unternehmer und die Arbeiter opfert. Dahin zielt eine Verordnung, die eine Wendung in der Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches bedeuten kann, weil sie darauf abzielt, den von Gördele gefesselten Konkurrenzkampf zu entfesteln. Darnach wird in Zukunft die Preisunterbietung nicht mehr ohne weiteres, sondern nur dann bestraft, wenn auf dem Wege des ordentlichen Gerichts eine strafbare Handlung, also eine wirkliche Schleuderei, nachgewiesen wird. Der Gewinn von dieser Wendung muß den durchrationalisierten Betrieben zufallen, die ihre niedrigeren Produktionskosten in die Waagschale werfen können und die für niedrige Preise durch bessere Ausnutzung ihrer Maschinen auf Kosten der kleineren Betriebe entschädigt werden. Die Folge muß sein, daß die getarnte Arbeitslosigkeit in offene Arbeitslosigkeit umschlägt. Die Art der Arbeitsbeschaffung, die die künstliche Aufrechterhaltung der leistungsschwächeren Unternehmer durch die staatlich geschützte Starrheit der Preisbildung darstellt, soll also abgebaut werden, damit sich die Großkonzerne die Kosten der Exportförderung von den Arbeitern bezahlen lassen können.

Die Unternehmer haben vielfach die wenig einträglichen Exportaufträge zugunsten der gewinnbringenden Rüstungsaufträge vernachlässigt. Jetzt wird verordnet, daß die Lieferfristen für öffentliche Aufträge zugunsten von Ausfuhraufträgen verlängert werden sollen. Mit anderen Worten: nicht die Rüstungs-

aufträge, um derenwillen die Exportförderung ins Werk gesetzt wird, wohl aber die Arbeitsbeschaffung soll gedrosselt werden, damit die Aufrüstungseinfuhr keinen Abbruch zu erleiden braucht.

Beide Verordnungen sind Bestandteile der von Schacht geplanten Exportschlacht. Es scheint aber, daß die Unternehmer sich sträuben, auf gewinnbringende Staatsaufträge zugunsten eines Exports zu verzichten, dessen Kosten sie selbst bezahlen sollen. Es zeigt sich also, daß es leichter ist, eine Scheinkonjunktur durch eine auf Pump beruhende Kriegswirtschaft künstlich zu erzeugen, als den Weg zu einer echten Konjunktur zu finden.

G. A. Frey.

Wer gibt Brot

Wie ein deutscher Professor die Welt sieht.

Pg. Staatsrat Professor Bürger, Treuhänder der Arbeit in Köln, sagte (laut Bericht der Kölnischen Volkszeitung) auf einer antikatolischen Kundgebung der deutschen Arbeitsfront:

»Mittags beten unsere Mütter am Tisch: Unser täglich Brot gib uns heute. Wenn sie tägliches Brot bekommen, bekommen sie es vom Pastor oder vom Führer?«

Die Zuhörer hätten zurückfragen können: Beten die Mütter zu Gott oder beten sie zum Pastor? Sie hätten weiter fragen können: Gibt uns der Führer das Brot oder verdienen wir es durch unserer Hände schwere Arbeit? Aber selbst wenn sie widersprechen dürften, ohne der Gestapo anheimzufallen, was könnte es nützen? Die Widerlegung solcher Blödelereien hat sich von je als erfolglos erwiesen, mit Irren kann niemand debattieren.

Immerhin entbehrt es nicht der Pikanterie, daß die Weisheit gerade von einem Professor verzapft wurde und daß die ganze Rede auf dem Niveau des einen Satzes stand. Man hat den deutschen Professoren bis vor kurzem vorgeworfen, ihr Schreib- und Redestil sei allzu wissenschaftlich, ihre Gedankengänge seien nur einer dünnen Intelligenzschicht verständlich und deshalb »volksfremd«. Bei den nationalsozialistischen Professoren — sie haben ihren Titel allerdings oft auf eine Weise erworben, die mit wissenschaftlichen Verdiensten nichts zu tun hat — hat der Kampf gegen diese »Volksfremdheit« offenbar erstaunliche Früchte gezeitigt.

Wahrheit als Verleumdung

Im Gerichtsbericht einer Nazizeitung heißt es:

»Die Fülle schamloser Aufhetzung durch leider noch nicht faßbare Elemente mehrten sich. So hatte ein Angeklagter, der kürzlich vor einem Berliner Gericht stand, wirklich die Stirn, zu sagen: »Ich soll den neuen Staat durch Verleumdungen beleidigt haben? Aber es geht uns doch tatsächlich schlechter als früher. Das ist doch nichts als die Wahrheit.«

Die Wahrheit — das ist eben die Verleumdung!

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphiae«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Fra. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Fra. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Fra. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 4.40 (48.00), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Fra. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Wien B-198.504. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank. Filiale Karlsbad. Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank. Filiale Belgrad. Konto »Neuer Vorwärts«. Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.